

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Arbeitslos und Vertrieben: Drog II., Kollárstraße 15 • Zetelagen: 26793, 31469 • (Kaufverhältnisse): 26797 • Debitordamt: 37544

11. Jahrgang.

Freitag, 25. September 1931

Nr. 224.

Die Sozialistische Internationale für den Rüstungsstillstand.

Paris, 24. September. Der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Vandervelde und deren Generalsekretär Doktor Adler, die gestern in Paris zusammengetreten sind, sandten im Namen der Internationale dem Völkerbund und dem Vorsitzenden der Dritten Völkerbundskommission ein Telegramm, in dem gefordert wird, der Völkerbund möge sich mit allen seinen Kräften für die Verwirklichung eines allgemeinen Rüstungsstillstandes im nächsten Jahre, wo die Allgemeine Abrüstungskonferenz zusammentritt, einsetzen.

Das Telegramm schließt: Die Arbeiterklasse wird in allen Ländern ihren ganzen Einfluß geltendmachen, um den Rüstungsstillstand zu verwirklichen.

Die Forderungen des österreichischen Gewerkschaftskongresses.

Wien, 24. September. (Eigenbericht.) Der Kongress des freien Gewerkschaftsbundes fand heute seinen Abschluß. Es wurde eine Resolution über die soziale Gesetzgebung angenommen, in der erklärt wird, daß die Gewerkschaften jedem Versuch, den geschäftlichen Schutz der Arbeiter und Angestellten anzutasten, mit allen Kräften Widerstand leisten werden.

Dann referierte Nationalrat Schwarz über das Problem der Arbeitslosigkeit. In einer diesbezüglichen Resolution wird die Verabschiedung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich, die gesetzliche obligatorische Arbeitsvermittlung und die Veranziehung von Mitteln der Gesamtheit zur unveränderten Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung und der Notstandsbeihilfen verlangt. In einer weiteren Resolution wird verlangt, daß die Tätigkeit und die Geschäftsführung der Banken unter die wirksame Kontrolle des Staates gestellt werden.

Im Schlußwort erklärte Janáček, daß die Gewerkschaften alles daran setzen würden, um zu verhindern, daß die Arbeitslosen in ihren gerechten Ansprüchen verläßt werden.

Bericht des Finanzkomitees über Oesterreich und Ungarn.

Wien, 24. September. Heute wurde der Bericht des Finanzkomitees für den Völkerbund ausgegeben. Er besteht aus drei Teilen. Zunächst wird eine Uebersicht der Budgetsituation Oesterreichs gegeben. Die österreichische Regierung habe die Bereitwilligkeit ausgesprochen, Delegationen des Finanzkomitees zu empfangen, unter deren Mitarbeit sie an die detaillierte Durchführung der Reformmaßnahmen schreiten wolle. Zum Schluß heißt es in dem Berichte, Oesterreich müsse sich 250 Millionen Schilling Auslandskredite beschaffen, um den Rassenforderungen nachzukommen und den Vorrat fremder Devisen bei der österreichischen Nationalbank schäzen zu können.

Ueber Ungarn heißt es, daß außer budgetären Erwägungen in Ungarn eine Reihe anderer Elemente der finanziellen Situation zutage treten, die eine gründliche Prüfung an Ort und Stelle erfordern. Das Finanzkomitee empfiehlt deshalb, eine Sonderdelegation nach Ungarn zu entsenden. Weiter wird auf die Möglichkeit verwiesen, daß eine schnelle Aktion zur Besserung der Lage notwendig sei. Zu diesem Zwecke ersucht das Finanzkomitee um die Ermächtigung des Rates, im gegebenen Falle die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können.

In den allgemeinen Schlußfolgerungen wird darauf verwiesen, daß die heutige Situation in den verschiedenen Staaten durch Preiskürze charakterisiert ist, und daß vor allem hier Abhilfe gesucht werden muß. Das Vertrauensmoment wird als unerlässliche Voraussetzung für eine Gesundung hervorgehoben.

Das Budget um 520 Millionen Kč herabgesetzt.

Prag, 24. September. Offiziös wird mitgeteilt: Heute tagte nachmittags und abends der Ministerrat zur Entscheidung über das Staatsbudget für das Jahr 1932. Es wurde beschlossen, daß in den Ausgabenposten wesentliche Abstriche gemacht werden.
Die Höhe der Ausgaben der Staatsverwaltung entsprechend dem Budget für das Jahr 1931 betrug 5.838.525.200 Kronen. Im Budget für das Jahr 1932 werden jetzt diese Ausgaben auf 5.318.900.000 Kronen herabgesetzt, so daß die Herabsetzung der Budgetausgaben gegenüber dem Jahre 1931 über eine halbe Milliarde Kronen beträgt.

Amerika interveniert für den Frieden.

Noten an Japan und China in Uebereinstimmung mit den Völkerbund.

Paris, 24. September. Die Agence Havas berichtet aus Washington, daß Staatssekretär Stimson dem Völkerbunde mitgeteilt habe, daß sein Standpunkt betreffend den chinesisch-japanischen Konflikt von der Regierung der Vereinigten Staaten vollkommen geteilt werde. Er fügte hinzu, er habe bereits beide Parteien dringend ersucht, die Feindseligkeiten einzustellen und er werde auch weiterhin bestrebt sein, eine Versöhnung herbeizuführen. Staatssekretär Stimson sandte sowohl an China als auch an Japan Depeschen, die in annähernd gleichem Sinne verfaßt waren.

Schlüssler als in den letzten Tagen und hofft, daß es den Bemühungen des Völkerbundes gelingen werde, daß Japan und China das Kriegsgelände begraben. Von einem Kriegsgelände könne man eigentlich nicht sprechen und insofern unterscheiden sich die Situation von dem chinesisch-russischen Konflikt im Sommer 1929. Diesmal handle es sich, soweit es sich angeht der einander widersprechenden Darstellungen übersehen lasse, um Zusammenstöße von Truppen in einem Gebiet, wo beide Regierungen berechtigt seien, bewaffnete Kräfte zu unterhalten.

Eine endgültige Stellungnahme sei daher unmöglich. Inzwischen hoffe man auf eine baldige Beilegung des Konflikts durch direkte Verständigung.

Washington, 24. September. Im Staatsdepartement hält man die Lage für nicht

Stimson rät Japan von weiterer Gewaltanwendung ab.

To Kio, 24. September. (Reuter.) In einer an das Ministerium des Äußeren gerichteten Denkschrift über die Vorgänge in der Mandchurie erklärt der amerikanische Staatssekretär Stimson, die Vereinigten Staaten wünschten keinesfalls, sich in die Angelegenheiten Japans einzumischen, aber die gegenwärtige Lage rufe bei

den anderen Mächten schwere Besorgnisse rechtlicher und anderer Natur hervor. Er räte daher Japan, die Angelegenheit rasch beizulegen und nicht weiter Gewalt anzuwenden.

Wie verlautet, berät das japanische Kabinett gegenwärtig über die Antwort an Stimson.

Erste Sprache der Sowjets.

Berlin, 24. September. Der „Völkischer“ meldet, daß die Sowjetbotschaft in Berlin bisher keine Detailberichte über den Inhalt der Unterredung zwischen dem Leiter des Sowjetaußenamtes und dem japanischen Vorkonsul in Moskau hat. Dieses Gespräch soll aber sehr ernsten Charakter gehabt haben, wie es der zuspitzten Situation entspricht. Insbesondere wird betont, daß die Initiative zu der Unterredung von russischer Seite ausging, da Litwinow den japanischen Botschafter zu dieser Unterredung gebeten hatte. Es wird als politisch sehr wenig wahrscheinlich angesehen, daß Rußland bei diesem Gespräch eine im vorhinein formulierte Erklärung abgegeben hätte, zu welchen Maßnahmen es greifen wolle, falls seine Interessen bedroht sind.

Ein Tag der Trauer in China.

Shanghai, 24. September. Der gestrige Tag stand unter dem Zeichen des Protestes Chinas. Sämtliche Theater, Kinos und öffentlichen Unternehmungen waren geschlossen. Die Großflotille folgte durchwegs der Aufforderung der Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe, und es kam nirgends zur Störung der öffentlichen Ordnung. Für Samstag ist die Ausrufung eines 24stündigen Generalstreikes der Arbeiter in Shanghai geplant. Die Regierung hat strenge Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen, denn es besteht Befürchtungen, daß im Falle einer Panik die Japaner die Gelegenheit um militärischen Einschreiten ergreifen würden.

Abspaltung der Sendewitz-Gruppe.

14 Reichstagsabgeordnete gegen den Beschluß des Parteivorstandes.

Berlin, 24. September. (Eigenbericht.) Durch das Verhalten einer Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter ist die Gefahr einer Abspaltung einzelner Gruppen von der sozialdemokratischen Partei entstanden. Der sozialdemokratische Parteiausschuß hatte am Dienstag beschlossen, daß die Mitgliedschaft der deutschen Friedensgesellschaft und die Unterzeichnung der freien Vertragsgesellschaft mit ihrem Wochenblatt „Die Fackel“ mit der Jugendbewegung zur Sozialdemokratie unvereinbar sei.

Gegen diesen Beschluß veröffentlichten in der neuesten Nummer der „Fackel“ die freie Verlagsgesellschaft und die Redaktion eine Erklärung, der sich acht sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, und zwar Cuettinghaus, Bornum, Dr. Rosenfeld, Dr. Siemsen, Sendewitz, Strödel, Biegler und Bergmann angeschlossen haben. In dieser Erklärung wird behauptet, daß der Beschluß des Parteiausschusses den Beginn eines Gesinnungsterroris und einer Meinungsdictatur bedeute, dem entgegenzutreten die Unterzeichner als parteiunabhängige Kräfte auftraten.

Demgegenüber ist festzustellen, daß der Beschluß des Parteiausschusses gegen die Friedensgesellschaft lediglich gefaßt worden ist, weil diese eine neue sozialistische Partei gründen will. Daß die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie keineswegs angegriffen wird, beweist die Tatsache, daß Sendewitz als Chefredakteur des „Lichtstrahl“ der Sozialdemokratie und gemeinsam mit Rosenfeld und Strödel auch in der Zeitschrift „Klassenkampf“ ungehindert weiter ihre Meinung äußern können. Dagegen liegt eine große Anzahl von Bittschriften vor, daß hinter dieser Behauptung, daß die Meinungsfreiheit unbedrückt werden soll, lediglich das Bestreben steht, aus der sogenannten Opposition eine neue Organisation zu bilden.

Die bürgerliche Presse bringt bereits lange Artikel über die angebliche „Spaltung“ der deutschen Sozialdemokratie. Es wird dort erwartet, daß den acht Abgeordneten größere Teile der Partei folgen werden. Davon kann gar keine Rede sein. Es gibt nur wenige Städte, wie Dresden, Plauen, Jena, Frankfurt am Main und Hoagen, in denen die sogenannte Opposition einigen Anhang besitzt. Die gewaltige Masse der Partei selbst weilt über die zur Zeit zu befolgende Politik verschiedener Meinung. Es denkt nicht daran, den Feinden der Arbeiterklasse den Gefallen zu tun und die Einheit der Partei zerlegen zu lassen.

Der Hauptschlager: Antimilitarismus!

Ist es möglich, ist es nicht die Ausgeburt einer tollen Phantasie, daß politische Parteien, die ihrem innersten Wesen nach Liebedienere und Lakaien des Militarismus sind, die früher dem Volke nicht genug Geld- und Blutopfer geopfert haben konnten und die Wirtelherber, Lobpreisler und Vorden des furchtbarsten Krieges der Weltgeschichte waren, nunmehr als Antimilitaristen auftreten?

Die Rationalsozialisten bringen dieses Kunststück, nein, diesen Betrug wirklich und wahrhaftig fertig und in ihrer Gefolgschaft trüppeln die — man greift sich an den Kopf, ob das kein nächtlicher Spuk ist — die deutschen Christlichsozialen und — wer noch? — die A- und B-Gemeinschaftler einher, die erstere noch beladen mit den Verwünschungen, die ihnen von der Bevölkerung für ihre Zustimmung zum Dreimilliarden-Rüstungsfonds zuteil wurden. Auch in anderen Ländern haben die bürgerlichen Parteien aus der Politik ein unsauberes Geschäft gemacht und wenn es gegen die sozialistische Arbeiterklasse geht, lassen sie es an Verlogenheit nicht fehlen, aber doch bleiben sie ihren Grundsätzen treu, verleugnen nicht völlig ihr innerstes Wesen, das Maß der Lüge, Heuchelei und Verkommenheit, wie es unsere politischen Gegner sich leisten, bringen sie jedenfalls nicht auf. Um vielleicht doch ein paar Stimmen bei den Gemeindevahlen zu ergattern, scheuen diese weder vor den abersinnigen Verdrrehungen noch vor der abgeschmacktesten Maskerade zurück — bis zur Lächerlichkeit.

Sanktenkreuzler und Christlichsoziale, so sie mimen die Antimilitaristen! Wer das nicht glauben will, der werfe einen Blick in ihre Flugblätter und Zeitungen, der höre den Speech eines ihrer Redner in den Wahlversammlungen an! Ach, wie gut ginge es dem Militarismus, wenn er lauter solche Gegner hätte! Doch nicht allein Feinde des Militarismus wollen sie sein, sie klagen auch die Sozialdemokraten der Preisgabe ihres grundsätzlichen Standpunktes an, weil diese seit sie in der Regierungsmehrheit stehen, für das gesamte Budget, in dem auch die Auslagen für den Militarismus sind, gestimmt haben. Ein nationalsozialistisches Flugblatt illustriert dies so: vor dem — natürlich hochgemähten — Kürfürstminister stehen einige zu dünnen Häkchen herabgehungerte Arbeitslose, denen der Minister hochfahrend erklärt, für sie sei kein Geld vorhanden, das dem Militarismus vorbehalten bleiben mußte. Fein, was?

Dem unreifen Wähler soll dies sagen: so wie sich die Nazis und die Schwarzen zu Feinden des Militarismus gewandelt haben, so die Sozialdemokraten zur Militarfrömmigkeit. Wenn die Sozialdemokraten nicht für das Militärbudget gestimmt hätten, so wäre alles Geld den Arbeitslosen zugewendet worden. Dafür würden die Nazis und die Christlichsozialen sorgen, wenn die Wähler ihnen ihre Stimmen geben. Das ist doch klar! Oder finden die Wähler doch ein Coar in der für sie so fein zubereiteten Suppe? Nein, einen ganzen Darrtopf!

Die Parole: die Sozialdemokraten haben für das Militärbudget gestimmt und dadurch die Arbeitslosen geschädigt, erscheint den Schwindlern besonders zugkräftig. Leider liegen die Dinge gerade umgekehrt: nur dadurch, daß die Sozialdemokraten das schwere Opfer auf sich nahmen und im Rahmen des Gesamtbudgets auch die laufenden Militärausgaben mitbewilligten, war es ihnen möglich, für die Arbeitslosen zu wirken und ihre bittere Not zu lindern. Rationalsozialisten und Christlichsoziale sagen uns, wir hätten gegen das Militärbudget stimmen müssen. Sehr wohlgemeint, nur schade, daß damit die Arbeitslosen ausschließlich auf das soziale Verständnis und das gute Herz der bürgerlichen Parteien angewiesen gewesen wären. Und wie dieses beizubringen

ist, hat die arbeitende Bevölkerung in den vier Jahren, da diese Parteien schrankenlos wirtschafteten, ausreichend erfahren. Hat jemand Lust, daß die brutale Geißel des Bürgerbluts noch weitere Striemen auf seinem Rücken ziehe? Arbeitslose, Kriegsbeschädigte, Pensionisten und öffentliche Angestellte, die alle, während zur selben Zeit in anderen Ländern diese Schichten sich eine wesentliche Kürzung ihrer Einkommen gefallen lassen mußten, der tatkräftigen Arbeit der Sozialdemokraten in der Regierung eine Besserung ihres Loses zu verdanken haben, sie hätten ihre blauen Bänder erlebt, wenn die bürgerlichen Parteien auch in dieser Regierung hüßlich unter sich geblieben wären! Der Rat: stimmt gegen die Militärauslagen, ist billig, nur eben daß er die arbeitenden Menschen hunderte von Millionen gekostet hätte, wenn er von uns befolgt worden wäre. Seine Befolgung hätte bedeutet, daß die Sozialdemokraten keinen Augenblick länger hätten in der Regierung bleiben können und mit ihrem Einfluß dort wäre es mit einem Schlage zu Ende. Wem wäre damit der größte Liebesdienst in dieser Zeit der Wirtschaftsnöte erwiesen worden? Dem Bürgertum, das dadurch wieder in den Alleinbesitz der Staatsmacht gekommen wäre! Sollten wir nach den Wahlen im Jahre 1929 die Herrschaft im Staate wieder zum Zwecke des schamlosesten Mißbrauchs der Bourgeoisie und den Restgutharonen ausüben, die sie ebenso für unverschämtesten Bewilligung für Steuergeschenke und Liebesgaben an sich und zur schwersten Unterdrückung der Arbeiterklasse benützt hätten! Wir brauchen uns vor unseren Gegnern wahrhaftig nicht zu rechtfertigen, denn der Beschluß auf Eintritt unserer Partei in die Regierung mit allen Konsequenzen wurde nicht allein von den Führern der Partei, sondern in demokratischer Weise von der Parteimitgliedschaft gefaßt, aber so viel sei gesagt, daß es unseren Genossen ein schweres ideelles Opfer zumuten hieß, dem Militärbudget zuzustimmen, das sie nur brachten, weil sie überzeugt waren und noch heute überzeugt sind, dem wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft damit zu dienen. Das wäre freilich der deutschen wie der tschechischen Bourgeoisie recht, wenn wir niemals von dem Stuhl Macht und Einfluß, das uns von den Wählern gegeben wird, Gebrauch machen und das Feld den kapitalistischen Parteien und ihren national-, sozialistischen "Sellershejten" überlassen würden! Glaubst du, daß dann das Militärbudget keine Mehrheit im Parlamente finden würde? Im Gegenteil! Längst wäre zu dem außerordentlichen Rüstungsfonds, den die deutschen Christlichsozialen mitbewilligt haben, ein weiterer Milliardenkredit für die Militärführung hinzugekommen und die Christlichsozialen, die jetzt wegen unserer formalen Zustimmung zum Militärbudget heuchlerisch die Augen vor Entrüstung verdrängen, wären unter den ersten, um dem Militarismus dieses neue Geschenk zu apportieren!

Die Sozialdemokraten haben gegen den Militarismus nichts getan? Das wagen jene frech zu behaupten, die innerhalb des Bürger-

blods, noch zur Zeit, da er am Berenden war, einer Erhöhung der Militärauslagen um 80 Millionen Kronen zugestimmt haben, während die Sozialdemokraten, seit sie in der Regierung sind, die Streichung dieser 80 Millionen durchführten und über ihr Betreiben soll im kommenden Staatsvoranschlag eine Verringerung des Militärbudgets um 50 Millionen vorgenommen werden. Die Tatsache des Bestandes des Militarismus ist freilich noch gegeben, noch haben ihn die Sozialdemokraten nicht abgeschafft, aber wie hätten sie dies auch tun können, da sie — deutsche und tschechische zusammen genommen — nur etwa ein Fünftel der Parlamentsmajorität innehaben!

Die Weinspindel der Nazis und der Schwarzen ist für die ganz Dummen aufgestellt. Bleiben sie daran hängen, so werden sie dies bitter zu bereuen haben, die Neue wird dann zu spät kommen. Die Nazis; Im

Der Kampf gegen die Krankenversicherung und ihre Beamten.

Alle bürgerlichen Parteien, Nationalsozialisten und Kommunisten mit eingeschlossen, wissen letzten Endes kein anderes Mittel mehr, als gegen die Krankenversicherung Stellung zu nehmen und die in schweren Nöten stehenden Anstalten in Mitleidenschaft zu ziehen. Welche Opfer, welche persönliche Eingabe und welche kaum zu schätzenden Schwierigkeiten heute die Angestellten und die Verwaltungsgänge in den Anstalten zu überwinden haben, wissen nur jene einzuschätzen, die mit Verantwortung belastet, in der Krankenversicherung arbeiten.

Die Schwierigkeiten, die die Änderung des Gesetzes durch die Bürgerkoalition, in der Herabsetzung der Beiträge und der Erhöhung der Leistungen an die Versicherten, die in der Wirtschaftsnöte, der Rationalisierung der Arbeit in den Betrieben, der Kurzarbeit und der allgemeinen Lohnsenkung der Versicherten liegen, schaffen eine unheilbare Atmosphäre. Eine Änderung ist nur durch eine Revollierung des Gesetzes möglich. Die Arbeiterschaft muß ein jedes Ansuchen der Arbeitgeber und der bürgerlichen Parteien, Rotverordnungen nach deutschem Muster einzuführen, ablehnen, weil dies mit den schwersten gesundheitslichen Schäden für die Bevölkerung verbunden wäre. Den Versicherten und deren Familienangehörigen würde, falls die Rotverordnungen eingeführt würden, es nicht möglich sein, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen und Medikamente zu beziehen. Welche Folgen die Rotverordnungen für die Gesundheitsverhältnisse der reichsdeutschen Arbeiterschaft zeitigen werden, wird erst die Zukunft beweisen.

Alle bürgerlichen Parteien erklären, daß die Krankenversicherungsanstalten die "Sanktflut der Nazis" und ein Tummelplatz der sozialdemokratischen Agitatoren seien. Untersuchungen wir nun, was an diesen Mitteilungen wahr ist! Die deutschen Krankenversicherungsanstalten sind in drei Verbände gegliedert, und zwar in den "Reichsverband", in der "Bereinigungs" und den "Nährisch-Schlesischen Verband". Die größte Anzahl der Anstalten erfährt die "Bereinigungs" und der "Nährisch-Schlesische Verband", die vollständig bürgerlich eingestuft sind.

In den Verwaltungsorganen in allen Anstalten haben bei gemeinsamen Sitzungen

Kriege waren sie für die Fortsetzung des Nordens ohne Ende, wie haben sie noch die bürgerlichen Parteien wegen ihrer Zustimmung zu den Militärausgaben, mochten diese der Bevölkerung noch so unerträgliche Lasten aufbürden, angegriffen, in Deutschland beyen sie zu Krieg und Bürgerkrieg. Nur der rot-weiß-blaue Militarismus will ihnen nicht gefallen, doch sonst sind sie mit Leib und Seele dem Militarismus ergeben. Und die Christlichsozialen? Ihre Gegnerschaft gegen den Militarismus datiert erst seit der Stunde, da Herr Marx-Darling den Ministerstuhl räumen mußte. Gebt ihnen wieder einen Ministerstuhl und sie werden dem Militarismus auf Kosten der Bevölkerung bewilligen, bis diese schwarz wird!

Durch Verdrehungen suchen diese Parteien den klaren Sachverhalt zu verwirren.

Wähler, erteilt darauf am 27. September die Antwort!

die bürgerlichen Vertreter die Mehrheit. Man nenne uns eine einzige Anstalt in der Republik, wo die freien Gewerkschaften oder die sozialdemokratische Partei die Mehrheit hat!

Wenn man durchschnittlich die Machtverhältnisse in den Anstalten in Betracht ziehen würde, so würde man zu dem Ergebnisse gelangen, daß sich die Kräfteverhältnisse wie folgt zusammenstellen:

- Bürgerliche Vertreter 16 und 14.
- Vertreter der freien Gewerkschaften 8 und 10.

Die Rädchen, die von verschiedenen Gegnern der Krankenversicherung in vollständiger Unkenntnis der Sachlage angestreut werden, daß in den Anstalten reinste sozialdemokratische Allein herrschaft vorhanden ist, entspricht nicht den Tatsachen, sondern alle Anstalten haben eine bürgerliche Mehrheit in den Verwaltungsgorganen!

Bleiben die verhassten leitenden Beamten übrig, die sich zur Arbeiterklasse bekennen und offen sich als Sozialdemokraten erklären. Diese Beamten sind meistens aus der alten Schule und es sind nicht die schlechtesten Praktiker, die die Krankenversicherung hat. Gegen sie geht vor allem der Sturm der bürgerlichen Parteien, trotzdem es eine seltene Erscheinung geworden ist, daß sich leitende Beamte der Krankenversicherungsanstalten in ihren wenigen freien Nachmittagen mit der Arbeiterschaft zum Beratungstische setzen. Die Mehrzahl der deutschen Anstalten sind in den bürgerlichen Verbänden und die leitenden Beamten stehen meistens in der bürgerlichen Bewegung. Hier spricht — selbstverständlich haben diese Angestellten das Recht, in ihrer freien Zeit zu machen, was ihnen entspricht — kein einziger Bürgerlicher davon! Nur den sozialdemokratisch fühlenden und denkenden Angestellten ist es unterstellt, sich politisch zu betätigen. Auf diese werden alle Schmutzflügel angeleert und diese haben die größten Schwierigkeiten mit den bürgerlichen Mitgliedern der Verwaltungsgorganen!

Bleiben noch die anderen Angestellten der Anstalten übrig. Die wenige Angestellte der Krankenversicherungsanstalt politisch für die Arbeiterklasse tätig sind, wissen die Bezirksorganisationen der Partei am besten. Diese

Infolge des tarifmäßigen Feiertages wird am Montag, den 28. September d. J. im Buchdruckergerwerbe nicht gearbeitet.

Es entfällt daher die Ausgabe unseres Blattes vom 29. ds.

Die nächste Nummer erscheint dann wieder am 30. September zur gewohnten Stunde.

Können selbstverständlich ebenfalls nur in ihrer dienstfreien Zeit für die Partei mitarbeiten.

Was dem Arbeiter, dem Gemeindeangestellten, dem Beamten der Sparkassen und Banken und des privaten Dienstes erlaubt ist, das soll dem sozialistisch fühlenden Angestellten in der Krankenversicherung verboten sein?

Die primitivsten Grundsätze des Staatsbürgerrechtes sollen bei den wenigen sozialdemokratischen Angestellten in der Krankenversicherung verlernt werden. Man spricht nichts von der Betätigung der christlichsozialen, nationalsozialistischen, der landbändlerischen Angestellten, sondern nur die sozialdemokratischen werden unter das Trommelfeuer der bürgerlichen Angriffe genommen.

Und doch wäre es Pflicht, daß jeder einzelne Angestellte in der Krankenversicherung sich erinnere, daß die heutige Sozialversicherung die Frucht eines 40jährigen Kampfes der sozialistischen Arbeiterklasse ist und daß der Beamte, der im Dienste der sozialen Fürsorge steht, der das Massenelend täglich beobachten kann, seine ganze Kraft, sein Wissen und sein Können der arbeitenden Klasse zur Verfügung zu stellen hätte.

Könte die schweren Kämpfe der Arbeiterschaft um die Verbesserung der sozialen Reformen, ohne den Einfluß der Arbeiterklasse auf die soziale Gesetzgebung wäre die Sozialversicherung nicht. Eine sogenannte "Entpolitisierung" der Krankenversicherungsanstalten ist heute nur noch ein Schlagwort, und wenn man von "Entpolitisieren" spricht, so müßte man mit den bürgerlichen Angestellten anfangen.

Die unter Leitung unserer Genossen stehenden Anstalten haben meistens heute die niedrigsten Beitragssätze und weisen die höchsten Leistungen auf. Es soll kein Vorwurf gegen die bürgerlichen leitenden Beamten sein, es ist jedoch eigenartig, daß gerade die sozialdemokratischen verantwortlichen Beamten den Prügelknaben abgeben müssen, während die von bürgerlichen Anhängern verwalteten Institute trotz hoher Beitragssätze und minderen Leistungen keine Erwähnung finden. Es wäre interessant, auf Grund der Abschlässe für das Jahr 1930 einen Vergleich zwischen den Anstalten des Reichsverbandes und denen der bürgerlichen Vereinigungen zu ziehen, um den Beweis für diese Behauptung zu erbringen.

Die Versicherten müssen die Gemeindevoten als das Vorpostengefecht eines großen Kampfes betrachten, den die bürgerlichen Parteien und Wirtschaftskräfte für die Verschlechterung der Sozialversicherung einleiten. Wenn ein Unternehmer erklärte, die Forderungen der Unternehmer, nach ihrem Wunsch die Sozialversicherung umzugestalten, gehe nur über die Leiche des Genossen Dr. Czok, so ist mit diesem Ansprüche die Bedeutung des Gemeindevotkampfes am besten charakterisiert!

Der Traumlenker

Roman von Harmynia Zur Mühlen.

Peter ludte den Hund unter den Schreibstisch; er streichelte ihn sanft, beruhigend, brünnlich, als dürfe Diane es nicht sehen. Seine gute Laune war verschwunden, ein unerklärliche Traurigkeit überkam ihn.

Eine Welle plauderten sie gesprungen, mit vielen Pausen. Peter ärgerte sich. War das der Abend, von dem er sich so viel versprochen hatte?

Er nahm sich zusammen, erzählte von seinen Erlebnissen mit Patienten, berichtete, daß er in der letzten Woche tausendfrankstunden Mark verdient habe.

Diane lauschte zerkümmert. Ihre schlanken Finger streichelten die Schreibtasche, in der golden der chinesische Tee glänzte. Dann sagte sie unvermittelt:

"Das geht so nicht weiter, Peter. Ich muß heiraten!"

"Heiraten?"

"Ja. Ich ertrage dieses armielose Leben nicht länger. Immer sparen, immer knausern. Immer von häßlichen Dingen und Menschen umgeben sein. Diesen Sommer, in Interloken, habe ich wieder einmal gesehen, was das Leben sein kann, wenn man genug Geld hat..."

Peter war plötzlich zumute wie einem Schuljungen beim Examen, er kam sich ganz klein und hilflos vor.

Die schöne melodische Stimme fuhr gelassen fort:

"Ich bin jetzt fünfundsiebenzig, Peter. Darf nicht mehr lange warten."

Peter fand sich selbst wieder.

Höchstens noch ein halbes Jahr, Diane. Dann kann ich dir alles geben, Liebste..."

Mein Gott, die Worte sind so abgebraucht, so leer, aber es gibt keine andern. Diane, du weißt doch, du bist für mich alles, du bist die ganze Welt, bist Gott, ich liebe dich, Diane."

"Du?"

Wieder diese kalte starrende Frage.

Peter schob das Blut in die Wangen. Seine Worte überstürzten sich; er hatte das Gefühl, keinen Augenblick schweigen zu dürfen, weil ihn senkt die Kälte, die aus Dianas Stimme tönte, erstarrten ließe.

"Ja, Diane, ich, Liebste, Schönste, ich werde arbeiten, wie ein Vieh, du sollst nichts entbehren müssen, ich werde dir alles geben. Die ganze Schönheit des Lebens, noch der du verlangst, die..."

"Mit vier- oder fünftausend Mark im Monat?"

"Ich liebe dich, Diane, ist das nichts? Bedeutet das nichts, einen Menschen zu haben, für den man alles ist? Diane..."

"Ich weiß es nicht, Peter."

Wie jung, wie hilflos dieses "Ich weiß es nicht" klang. Als habe er in einer fremden Sprache zu ihr geredet, oder über etwas, das sie gar nicht kannte.

"Ja, best du... bist du...?" Peter begann zu stammeln.

"Hör mich an, Peter, das Leben ist so kurz, die Jugend ist so kurz. Und es gibt so viele schöne Dinge." Dianas Augen leuchteten. "So viele schöne Dinge, Peter. Ich muß sie haben, alle haben. Nicht in ein paar Jahren, nicht vielleicht, wenn alles gut geht", sondern bestimmt, jetzt, morgen, übermorgen."

Peter schweigend betroffen.

"Du weißt, daß ich anders bin, als die andern Mädchen. Ich habe mich noch von keinem Mann küssen lassen. Heutzutage müßte doch die Jungfräulichkeit einen Seltenheitswert haben. Ganzst du nicht, Peter, daß ich ein Mann finde, der sie teuer bezahlt?"

Sie fragte es keineswegs ironisch, sondern vollkommen sachlich, als hätte sie erklärt: Ich habe einen echten Rembrandt, glaubst du nicht, daß sich ein Mensch findet, der ihn teuer bezahlt?"

"Du willst also nur einen reichen Mann heiraten?"

fragte Peter mit gepreßter Stimme.

"Ja."

"Und wenn ich reich, und wenn ich ein Millionär wäre?"

"Dann würde ich dich heiraten."

"Ohne mich zu lieben?"

"Ohne dich..." Diane stotterte einen Augenblick; ihre graublauen Augen blieben an der kleinen Nubagonekommode in der Ecke haften, auf der ein breites Stück Alenconspitze lag. "Was ist das Peter, diese Spitze?"

Peter trat zur Kommode, nahm die Spitze und legte sie auf Dianas Knie.

"Die stammt noch von meiner Großmutter."

Dianas Wangen hatten sich gerötet, ihr Mund stand halb offen, ihre Brust hob und senkte sich rasch.

"Mein Gott, wie schön. Schau das an, Peter. Dieses Blumenmuster, diese zarten Farben."

Ihre Finger streichelten leise das feine Gewebe; ihre hellen Augen wurden dunkel. Peter fiel eine kleine Chinesin ein, die er in einem Freudenhaus von San Franzisko kennen gelernt hatte. "Fast eine Jungfrau", hatte die dicke Madame O'Sans Vorzüge gedriessen. Und so temperamentvoll! Es hatte auf dem Divan des Freudenhauses einen Augenblick gegeben, da O'San Peter mit den gleichen Augen angesehen hatte, wie jetzt Diane die Spitze betrachtete. Die dicke Madame hatte den Wert ihrer Ware nicht übertrieben.

Diane lächelte.

"Schenk mir die Spitze, Peter, lieber Peter", bettelte sie.

So hatte sie noch nie zu ihm gesprochen, diese weichen hingebenden Töne konnte er nicht.

Etel würgte ihn in der Kehle; kalte Vaseheit stieg in ihm hoch.

"Ich schenke diese Spitze nur einer Frau, die mich liebt. Liebst du mich, Diane?"

"Ja, ich liebe dich."

Sie hob die Augen nicht von der Spitze.

"Wilst du mir alles geben, wenn ich dir die Spitze schenke?"

"Ja."

Dianas Hände legten sich zart, lieblos um das feine Gewebe. Sie hob es an ihr Gesicht, presste die Lippen darauf.

Peter wurde es rot vor den Augen.

"Du kannst sie haben... nachher... erst will ich dich gehabt haben."

Er riß sie vom Lehnstuhl und warf sie auf das Sofa. Die Spitze in der einen Hand haltend, ließ sie es willenlos geschehen. Peter küßte sie, küßte das zarte Gesicht, den Hals, die Brust, die schlanken Beine. Sie wehrte sich nicht. Er warf sich auf sie. Seine zitternden Hände rissen an ihrem Kleid. Da sah er, daß sie lächelte... die Spitze anlächelte, die sie noch immer in der Hand hielt.

"Diane", rief er fast entsezt.

"Du schenkst mir die Spitze?" fragte sie jätlich.

Peter schnellte hoch. Mit einem Griff riß er ihr die Spitze aus der Hand.

Er zerrte an der Spitze; mit einem scharfen Ton zerrte das zarte Gewebe, und Peter zerrte weiter, wild, verzweifelt, von einer wahn-sinnigen Wut befeßen.

Als er nur noch einen Faden in der Hand hielt, sah er nach Diane hinüber.

Sie sah ganz starr und totenblau da und weinte.

Er hatte sie noch nie weinen gesehen. Blühliche Reue überkam ihn. Er kniete neben sie hin.

(Fortsetzung folgt.)

Die Angestellten und die Gemeindevahlen.

Aus Angestelltenkreisen wird uns geschrieben:

Wie bei allen Wahlen, so richtig auch jetzt alle Parteien ihre Kräfte auch an die Privatangestellten, um deren Stimmen sie recht eifrig werden. Auch die schon längst in der Kumpelkammer verstaubten Begriffe vom „Mittelstand“, vom „Standesbewußtsein“ u. dgl. tauchen wieder auf und in einem Wahlslogun zum Nutzen der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft war dieser Tage die Redewendung zu lesen, daß jene Beamten und Angestellten, die keiner Klassenpartei angehören, nur Vertreter der AWG wählen sollen.

Es ist nicht ohne Bedeutung, wenn die Angestellten bei den bevorstehenden Gemeindevahlen ihre Stimmen geben. Wohl ist es richtig, daß die Entscheidungen über die auf dem Gesetzgebungsweg zu verwirklichenden Forderungen der Angestellten nicht in den Gemeindevahlen, sondern im Parlamenten fallen und es mag auch sein, daß sich so mancher Angestellte bei den Gemeindevahlen von rein örtlichen, vielfach auch persönlichen Gesichtspunkten leiten lassen zu sollen glaubt. Wer aber näher überlegt und die Tragweite der bei den Gemeindevahlen fallenden Entscheidungen über die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen für die nächsten vier Jahre sich richtig vor Augen führt, der wird über die Antwort auf die Frage, „wen soll ich als Angestellter wählen“, reiflicher nachdenken und seinen Entschluß so zu fassen trachten, wie er damit am besten seinen Interessen — oder besser ausgedrückt, den Interessen der gesamten Angestelltenchaft — zu dienen vermag. Eine kleine Uebersetzung wird jeden Angestellten auf den richtigen Weg führen und wird ihn dabei bewahren, zur Stärkung jener beizutragen, die der Verwirklichung seiner berechtigten Forderungen hindernd im Wege stehen.

Eigentlich kann gerade bei den diesmaligen Wahlen keinem denkenden Angestellten die Wahl auch nur einen Augenblick schwer fallen.

Die Parteien, die für die Gemeindevahlen auf Stimmenwerbung ausgehen, sind die gleichen, wie sie im Abgeordnetenhause und Senat vertreten sind. Die Antwort auf die Frage „wie soll der Angestellte wählen“ ergibt sich also schon von selbst aus der Feststellung, wer im Parlament für die Angestellten erfolgreich arbeitet, wer dort als Vertreter der Angestellteninteressen wirkt. Ist es noch notwendig, den Angestellten besonders aufzuzeigen, was sich abspielt hat?

Es ist richtig, daß das jetzige Pensionsversicherungs-gesetz der Privatangestellten unter der verflochtenen Bürgerkoalition des früheren Parlamentes Gesetz geworden ist. Aber alle Angestellten werden sich noch daran erinnern, daß die vom sozialdemokratischen Fürsorgeminister eingesehene Verantwortschaft einen Entwurf für dieses Gesetz ausgearbeitet hatte, der die berechtigten Wünsche der Angestellten weitans mehr berücksichtigte, als dies die darnach unter dem christlichsozialen Fürsorgeminister fertiggestellte Regierungsvorlage tat, die gerade die wichtigsten Verbesserungen — wir erwähnen nur die Einrechnung der vollen nichtversicherungspflichtigen Dienstzeit auf Kosten eines Staatsbeitrages! — aus dem Entwurf herausnahm und diesen auch in ungenügender vielen anderen Punkten wesentlich verschlechterte! Erst unter dem jetzigen sozialdemokratischen Fürsorgeminister konnte die Einrechnung wenigstens der halben nicht versicherten Dienstzeit durch ein eigenes Gesetz verwirklicht werden! Ebenso war es erst unter dem jetzigen sozialdemokratischen Fürsorgeminister, erst unter der jetzigen sozialdemokratisch beeinflussten Regierungskoalition möglich, die für tausende Angestellte so überaus wichtigen Gegenseitigkeitsverträge mit Deutschland und Deutschösterreich zustande zu bringen. Das Bestreben, das Pensionsversicherungs-gesetz durch Verbesserung der Lieberkeitsbestimmungen zur Sozialversicherung bei Berufswechsel, durch Herabsetzung des Anfallsalters für die unbedingte und bedingte Altersrente weiter zugunsten der Angestellten auszubauen, Gegenseitigkeitsverträge auch noch mit den anderen in Betracht kommenden Staaten abzuschließen u. a. m., wird sicherlich weiter gefördert werden, wenn die sozialdemokratische Partei aus dem Ausgange der Gemeindevahlen eine Verstärkung ihrer politischen Stellung erfährt.

Ebenso war es erst unter der jetzigen Regierungsmehrheit wieder möglich, nach Jahren völligen Stillstandes wenigstens einige Fortschritte auf dem Gebiete der Durchführung der Sonntagruhe und der Regelung des Ladenschlusses zu erzielen. Wenn diese Fortschritte nicht noch größer waren und insbesondere in verschiedenen Gebieten die volle Sonntagruhe noch nicht eingeführt, ebenso auch der gesetzliche fünf-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtsabend noch nicht durchgesetzt werden konnte, so ist daran schuld, daß der sozialdemokratische Einfluß gegenüber der bürgerlichen Mehrheit in der Regierungskoalition noch nicht stark genug ist, um alle diesen Forderungen entgegenstehenden Widerstände zu überwinden. Dies wird aber ermöglicht werden, wenn die Sozialdemokraten in den Gemeindevahlen solche Positionen erringen, daß sie gestützt auf eine entsprechende Annahme ihrer zahlenmäßigen Vertretungen, mit noch mehr Nachdruck als bisher die noch unerfüllten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung, also auch der Angestellten, gegenüber den übrigen Koalitionspartnern zu vertreten vermögen.

Zoll erst noch des letzten auseinandergelegt werden, was es auch für tausende stellen-

lose Angestellte bedeutet, daß unter dem jetzigen sozialdemokratischen Fürsorgeminister die Fürsorge für die Stellenlosen ganz außerordentlich verbessert wurde? Wissen nicht umzubliche Angestellte aus eigener Erfahrung, wie segensreich sich alle diese Fürsorgemaßnahmen für zahllose notleidende und darben Angestelltenfamilien auswirken haben? Wohl ist es richtig, daß das alles nur hindernd wirkt, aber zur Behebung der Not nicht ausreicht; ernstigt man aber die Widerstände, die in der Regierungskoalition den Bestrebungen der sozialdemokratischen Minderheit entgegenwirken, und vergleicht man insbesondere, was was unter der sozialdemokratischen Mitregierung durchgeführt werden konnte, mit dem, was die frühere bürgerliche Koalition leistete — dann muß wohl auch der gleichgültigste, den Dingen ganz fernestehende Angestellte anerkennen und erkennen, daß es nur dem sozialdemokratischen Einflusse zu verdanken ist, daß wenigstens das geschaffene und getan werden konnte, was geschaffen ist und auch von den schärfsten Gegnern der

„Wenn das Judenblut vom Messer spritzt . . .“

Hitlers verwegene Schar.

Das kämpft für deutsche Kultur! — Was sagt die AWG dazu?

Die braunen Scharen Hitlers und Jungs wissen nicht nur mit Revolver, Schlagring und Stinfbomben umzugehen, ihnen gab Balduz auch der Pieder süßen Mund, und so wissen sie in holden Tönen zu besingen, was sie getan mit harter Hand. Diese Landstreichstieber der SA, von der offiziellen Parteileitung gelegentlich abgetrennt, aber von tausenden Braunhemden in Deutschland auf allen Gassen gesungen, sind ein deutsches Kulturdokument dieser Zeit. Angefangen von dem belamten Eberhard-Dieb, mit dem die Nazi 1923 ins Feld zogen,

Arbeiter, ihr Schwärmer, wie wird euch gehes'n,
Wenn ihr die Brigade Eberhard werdet sch'n!
Die Brigade Eberhard schlägt alles kurz und klein,
Nimm dich in acht, du Arbeiterschwein!

bis zu den Gesängen von 1930 und 1931 ist die Blut- und Korpseie der Hakenkreuzler die würdige Begleiterscheinung ihrer Taten. Das bezahlte Soldnerdolk der Reaktion, das beim ersten Schuß, wie der feierliche Heimwehrußschuß zur Genüge bewiesen hat, davonläuft, kann sich in Gemalitäten und Drohungen gegen wehrlose Mitbürger nicht genug tun.

Eines der beliebtesten Lieder der reichsdeutschen Nazi „Wir sind die Sturmkolonnen“, das mit anderen einem Partei-genossen in einem hektographierten Druck in die Hand gekommen ist, hat u. a. folgende Strophen:

So steht die Sturmkolonne zum Massenkampf bereit.
Erit müssen Juden blauen,
erit dann sind wir befreit.
Kein Wort mehr von dem Handeln,
was doch nicht helfen kann, ja kann,
ja mit unserem Adolf Hitler
wir greifen mutig an.
Wir sind die Sturmkolonnen,
die Handgranat im Gürtel,
umpannt das Gewehr,
so sieht die Sturmkolonne
im deutschen Land einher.
Der Jude kriegt 'nen Scheiden,
er macht den Geldschrank auf.
Adolf Hitler macht die Rechnung
mit dem Pistolenlauf.

Das wahre Ziel des Nationalsozialismus, die Plünderung fremder Häuser — wer denkt nicht an den Diebstahl von Lohngebern beim Raub von 1923 in dem Münchner sozialdemokratischen Parteihaus! — wird hier höchst offenkundig verberichtet. Hitler als Patron der Geldschrankknacker — was will man mehr? Und

Sozialdemokraten bei aller ihrer Verkümmertungs- und Rörgelsucht nicht ganz abgestritten werden kann.

Zur Zeit sind Beratungen über ein neues Angestellten-gesetz, über die Umgestaltung des von der Entwicklung überholten, den heutigen Erfordernissen nicht mehr entsprechenden Handlungs-geschäftsgesetzes im Gange. Soll das neue Gesetz, wie es die Angestellten wünschen und brauchen, bessere Kündigungs-, Urlaubs-, Dienst-rechtsbestimmungen, mehr Schutz insbesondere für die älteren Angestellten, das Recht auf Abfertigungen, Ausgestaltung der sozialen Sondernbestimmungen, besseren Schutz der weiblichen Angestellten u. a. m. bringen, sollen wir einen besseren Behandlungsschutz erreichen, dann ist die Voraussetzung dafür die Stärkung der Position der Sozialdemokraten.

Der Ausbau des Jugendschutzes, der unter dem jetzigen sozialdemokratischen Fürsorgeminister erfolgte, kommt zahllosen Lebedingen und jugendlichen Angestellten zugute. Das Arbeits-gesetz, das erst unter dem jetzigen sozialdemokratischen Justizminister unter Ueberschneidung heftiger Widerstände Rechtskraft erlangte, bedeutet für die Angestellten eine wesentliche Verbesserung des Weges zur klaren Vertretung und Durchsetzung streitiger Forderungen gegen die Unternehmer.

Aber es ist nicht einmal notwendig, diese Gesichtspunkte ins Treffen zu führen, um zu zeigen, wen die Angestellten bei den Gemeindevahlen wählen sollen. Auch in Dingen, in denen die Gemeindevertretung zu entscheiden hat, ist es für die Angestellten von größter Bedeutung, wie die Gemeindevertretung zusammengesetzt ist. So hat z. B. die Gemeindevertretung zur Frage der Sonntagruhe und des Ladenschlusses Gutachten abzugeben, die natürlich nur dann befürwortend lauten, wenn die Mehrheit der Gemeindevertretung dafür zu gewinnen ist. Wenn die Angestellten verhindern wollen, daß z. B. Vertreter der Deutschen Nationalsozialisten, die dem DGB angehören (so sogar der Obmann einer DGB-Ortsgruppe hat dies kürzlich in Arnau getroffen!), gegen die Einführung der Sonntagruhe stimmen, dann müssen sie eben solche Vertreter wählen, auf die sie sich verlassen können und von denen sie aus Erfahrung wissen, daß sie immer und überall für die Interessen der Angestellten eintreten.

Wenn der Sturmsohbat ins Feuer geht, ja dann hat er frohen Mut; denn wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's nochmal so gut.

110 Patronen in der Tasse, scharf geladen das Gewehr und die Handgranaten in der Faust, Volksgewissen, kommt mal her!

diese Partei gibt vor, für die deutsche Kultur zu kämpfen! Dieselben Hakenkreuzler, in deren Lager diese Poesie gedeiht, wollen sich den Tschechen als die Vorkämpfer der sudenteutschen Selbstverwaltung präsentieren und glauben noch, daß sie beim nationalen Gegner etwas anderes als Abscheu und Verachtung erwecken können. Uns aber hat man zugemutet, mit diesen Gefallen Wahlbündnisse einzugehen und, weil wir uns dessen weigerten, möchte man uns „nationalen Verräter“ vorwerfen. Als ob es eine größere Schande für die Nation geben könnte, als daß ihr Leute angehören, die den Nord und das käufliche Soldnerdolk besingen!

Den Prager Judenliberalen (A. H. und Weh-Gemeinschaft), die mit den Hakenkreuzlern geklopelt haben, um dem Hitlerpostel Haider zu einem Mandat zu verhelfen, ist wahrheitsgemäß folgendes Liedchen zugebacht:

Wenn der Sturmsohbat ins Feuer geht, ja dann hat er frohen Mut; denn wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's nochmal so gut.
110 Patronen in der Tasse, scharf geladen das Gewehr und die Handgranaten in der Faust, Volksgewissen, kommt mal her!

Es gehört ein Saumagen dazu, mit diesen Herrschaften die Diste zu koppeln, ihnen zu einem Mandat zu verhelfen, aber wenn man es schon selbst tut, wenn die Prager Sozialdemokraten es ihren jüdischen Wählern schon zumuten zu können meinen, daß sie die Herren wählen, denen es als schönster Wunschraum erscheint, „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt . . .“, so mögen sie wenigstens uns nicht noch Verrat nachsagen, da wir die Koppelung mit den Vertretern dieser deutschen Kultur ablehnen. Wir überlassen es dem jüdischen Gewissen der Herren Bacher und Epstein und dem christlichen der Herren Hilgenreiner und Wahn-Harting, einen Bundesgenossen an ihr Herz zu drücken, dessen Wahlpruch lautet:

Kennt ihr die Braunen, Hitlers verwegene Schar, bald wird sich die Nacht erheben, Brüder, die Freiheit ist da.
Ladet die blanken Gewehre, ladet sie mit Pulver und Blei, schließt auf die jüdischen Hunde, nieder mit der Judenbrannei.

Auch wie die Gemeindevertretung über die Regelung der Dienst- und Entlohnungsverhältnisse der in der Gemeindeverwaltung und in Gemeindebetrieben beschäftigten Angestellten entscheidet und beschließt, ist für die Privatangestellten von größter Wichtigkeit. Wird in der Gemeinde abgebaut, so folgen die Privatunternehmer bestimmt sofort nach. Soll die Gemeinde besonders in größeren Städten mit Betrieben und Unternehmungen in der Behandlung der Angestellten ein gutes Vorbild zeigen, dann muß dafür gesorgt werden, daß die Gemeindevertretung so zusammengesetzt ist, daß alle Anschläge auf die Rechte und Bezüge der Angestellten abgewehrt, Verbesserungsanträge durchgeführt werden können.

Daß die Angestellten auch an der Regelung der sonstigen in den Wirkungskreis der Gemeinde fallenden Fragen lebhaft interessiert sind, versteht sich von selbst. Wir erwähnen nur die Verkehrsfragen, Gemeindeabgaben, Wohnungsbaufragen, Zonitätswesen, Bildungs- und Wohlfahrtswesen, Kultureinrichtungen, wie Theater, Pfortschulen, Büchereien, Schulwesen uho. — alles Angelegenheiten, an denen die arbeitende Bevölkerung, besonders auch die Angestellten ganz eng interessiert sind und sehr wohl zu verstanden haben, wenn bei ihrer Behandlung die Interessen der minderbemittelten Bevölkerungsschich-

ten, zu denen auch die Angestellten zählen, nicht die gebührende Wahrnehmung finden und hintergekehrt werden.

So sind es eine ganze Menge recht realer Dinge, die den zur Gemeindevahl berufenen männlichen und weiblichen Angestellten in ihrem ureigenen Interesse, aber auch im Interesse der gesamten Angestelltenchaft die unerläßliche Pflicht auferlegen, bei der Abgabe des Stimmzettels am 27. September sehr sorgsam darauf bedacht zu sein, daß durch die Stimme nicht die Gegner und Schädiger, sondern die Freunde und Förderer der Angestellteninteressen gestärkt werden. Der die Dinge klaren Auges betrachtende, das Für und Wider objektiv und sachlich abwägende, die natürlichen Schlussfolgerungen aus den eigenen Erlebnissen und Erfahrungen ziehende weibliche oder männliche Angestellte wird nicht auf überlebte hohle und inhaltsleere Phrasen noch so hochtönenden und schwallstigen Managen hineinfallen, durch die man nur von den wirklichen Tatsachen ablenken, die Wahrheit verdunkeln, das Denken vernebeln will — sondern wird sich unumwunden entscheiden für eine solche Wahl, die eine rückhaltlose Vertretung seiner Forderungen und seiner Gesichtspunkte verbürgt. Kein denkender, kein vernünftiger Angestellter wird anders wählen können und dürfen als sozialdemokratisch! Nur dadurch wird den Angestellten wahrhaft gedient, denn es gibt keine andere Partei, die als Vertreterin der Angestellteninteressen in Betracht kommt. RZ.

Wem sie zujubeln

Die deutsch-nationale und nationalsozialistische Presse, darunter der „Tag“ in Auszig und das „Nordb. Tagblatt“ in Teichsen, war ob des Zusammenbruchs des feierlichen Heimwehrußschusses ganz außer Rand und Band. Ihre Trauer, daß es nicht gelang, die verfluchten Nazis mittels Gewalt niederzuschlagen und den ständischen Führern aufzurichten, war sehr echt. Um aber der Doffenlichkeit zu zeigen, wer die Herren sind, die nach gegliedertem Raub des Heimwehrußschusses in ihrem Sinne als Diktatoren geleitet hätten, führen wir einige von ihnen namentlich an:

- „Fähr“ Ernst Rüdiger von Starbomberg (das Bucherd mit den 13 Schloßern);
- „Graf“ Bertold Stürgkh (Neffe des jetzigen Reichspräsidenten);
- „Graf“ Reverters;
- Generalmajor i. R. Baron Eugliß Bopparia (ehemaliger Brigadier);
- Boho „Graf“ Coreth zu Starbomberg (Hofkammerrath auf Hofscharten);
- Johann Ritter von Bismarck;
- Rag „Ritter“ von Riedelner (gewesener Oberleutnant, Protarich der Postlandzemeinwerke in Rindorf);
- „Graf“ Czernin jun. (aufstrebend ein Sprosse des ungeligen, jetzigen Reichsministers „Graf“ Oskar Czernin, der selbst ein feierlicher Heimwehrußschuß ist und ein eigenes Heiterregiment angeführt hat);
- „Graf“ Albert Albert.

Genug von dieser Rosiprosche. Der Menschheit ganzer Jammer sagt uns an, wenn wir diese Namen lesen und daran denken, daß sie nicht dem gestüchelten trübsinnigen Ehrer den österreichischen Kaisererzherz hätten sein sollen. Aber die Hakenkreuzler und Deutschnationalen jubeln bei dem Gedanken, daß diese Sorte Reaktionsäre und Volksausbeuter die Noten zu Paaren treiben wollen. Wenn es gegen den sozialen Aufstieg der Arbeiterchaft geht, dann sind sie alle eilig: die Blaublütigen, die Hakenkreuzler und Deutschnationalen samt den Schwärzen. Wer den Sinn des Parteikampfes in diesem Sinne noch immer nicht befreit, wird sein Leben lang politisch ungeschult bleiben.

Nationale Verräter oder Nationalisten?

„Mady Benkov“: „Hinaus aus der Regierung mit dem untschechischen Czch.“

Während der herrschende Chor der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Christlichsozialen den Wahlkampf mit dem Gebrüll führt, die deutschen Sozialdemokraten seien die Verräter der Nation, kann man in jeder Nummer der tschechisch-agrarischen Presse lesen, wie feien Nationalisten. So schreibt das Organ der Jugend der tschechischen Agrarpartei „Mady Benkov“ unter dem Titel: „Hinaus aus der Regierung mit dem untschechischen Czch“ folgendes:

„Verurteilt kändig die Tätigkeit des Ministers Czch und das Überall auf Verfamlungen und bei allen Anhebungen. Dieser Deutsche, der Millionen in das verbeneiche Gebiet kopft und an die armen tschechischen Gegenden vergibt, verdient nichts anderes. Wir beten, damit der Augenblick kommt, wo dieser Herr und seine ganze Partei, die anti-kantlich ist, aus der Regierung verschwindet. Es ist geradezu eine Schande für unseren Staat, daß ein Abgeordneter dieser Partei im auswärtigen Ausland gegen den Friedensvertrag gesprochen hat. Das war ein Skandal, aber es geschah weiter nichts, weil gewisse Kreise bei uns diesen Elementen den Daumen halten. Wen mit Czch!
Dieses ständige hemmungslose Geschimpfe auf den Genossen Dr. Czch in den agrarischen Blättern werden unsere Genossen als das stärkste Lob der Tätigkeit unseres Parteivorstandes empfinden.

An alle Organisationen und Vertrauensleute.

Wahlresultate melden!

ParteiSekretariat und Zentralredaktion in Prag werden am Wahltag von 5 Uhr nachmittags bis zwölf Uhr nachts Dienst halten, um telephonisch die Berichte über die Wahlergebnisse entgegenzunehmen. Anzurufen sind die Nummern: 31469 oder 26795. Aus Orten, in denen eine telephonische Verständigung nicht möglich ist, ersuchen wir um telegraphischen Bericht.

Geistesfreiheit und Halenkrenz.

Im „Tag“ vom 24. September ziehen die Nationalsozialisten die Verletzung des Prof. Ernst Kriek von der Pädagogischen Akademie in Frankfurt nach Darmstadt und versuchen dieselbe als eine politische Maßregelung durch den sozialdemokratischen Volksbildungsminister Preußens darzustellen. Wie in so vielen Fällen, läßt auch hier der „Tag“ und es scheint, daß sich das Lügen bei ihm zu einer Manie entwickelt hat, von der er sich nicht befreien kann.

Was war nun wirklich? Prof. Kriek hat in einer Rede vor den Studenten der Pädagogischen Akademie in Frankfurt das „Dritte Reich“ gepriesen, also seine Stellung dazu benützt, um unter seinen Schülern halenkrenzlerische Propaganda zu machen. Zur Verantwortung gezogen, hat Prof. Kriek nach echt halenkrenzlerischer Art sich auf einen lagenhaften Begriff vom „Dritten Reich“ ausgereißet. Um nun diese erbärmliche Ausrede recht zu verhehlen, sei noch folgendes bemerkt: Herr Kriek hat vor einigen Monaten auch in Braunschweig vor Lehrern der Hochschule eine Rede gehalten. Hierbei wurde er von nationalsozialistischen SA-Männern am Bahnhof empfangen, war von ihnen ständig begleitet und wurde wieder von ihnen auf den Bahnhof gebracht. Vergleicht man diese Tatsache mit seiner Rechtfertigung vor den Schulbehörden, so wird man zu demselben Urteil kommen wie das preussische Schulministerium, das Krieks Entschuldigung als „höfliche Ausrede“ bezeichnet. Das ist bei den Halenkrenzlern überall so, erst brechen sie alle Anordnungen und wenn sie dann erwischt werden, verlegen sie sich wie die Schulbuben aufs Leugnen.

Prof. Kriek hat seine amtliche Stellung zur Propaganda für die Nationalsozialisten benützt, das ist erwiesen. Das wäre im gleichen Falle einem Sozialdemokraten unter Fried in Thüringen oder Franzen in Braunschweig geheißen? Dort würden die sozialdemokratischen Lehrer entlassen, obwohl sie streng ihre Pflicht erfüllten. Nur ein Name sei genannt, Prof. Paulsen von der Hochschule in Braunschweig, ein Mann, der pädagogischen Ruf weit über die Grenzen Deutschlands besitzt. Prof. Kriek wurde bei nachgewiesenem Amtsmißbrauch in derselben Eigenschaft nach Darmstadt verlegt, Prof. Gen. Paulsen trotz strengster Pflichterfüllung von dem Halenkrenzler Franzen entlassen. Wer verlegt also die Geistesfreiheit, hier kann man, um mit dem Agrarier Standt zu reden, tatsächlich sagen: „Eine frohe Stund ist mehr wert als ein Weierhof.“

Dreißig wie die Halenkrenzler nun schon einmal sind, hängen sie an jede Lüge über reichsdeutsche Verhältnisse eine Lüge über die gegenwärtige sozialdemokratische Unterrichtsverwaltung in der Tschechoslowakei an. Geschicht schreiben sie in einem Sage dem Leser vor, als ob der Minister Gen. Dr. Döcker die halenkrenzlerischen Lehrer verfolgen würde. Dabei ist gerade das Gegenteil richtig, die halenkrenzlerischen Lehrer konnten noch so gut unter der Lehrerschaft für ihre bildungs- und volksfeindlichen Ziele agitieren, wie unter dem Gen. Dr. Döcker, fürwahr nicht aus Liebe zu den Halenkrenzlern, sondern weil eben unter einem sozialdemokratischen Minister die Lehrerschaft größere Freiheit besitzt. Und diese Freiheit nützen die Halenkrenzler vor allem dazu aus, um die am meisten zu bekämpfen, die ihnen mehr Freiheit geben.

Nun fügt es sich gerade, daß wir an einem recht auffälligen Beispiel zeigen können, wie sie lügen. Gegenwärtig findet vom 7. bis 27. September ein dreiwöchiger Fortbildungskurs für Hilfschullehrer in Wien statt. An diesem Kurs, der bei uns mit den ersten Wochen des neuen Schuljahres zusammenfällt, nimmt auch der halenkrenzlerische Lehrer Cer m a l aus Graupen teil. Cer m a l ist ein wütender Agitator für das Halenkrenz, er reißt bei uns in diesem Wobereis herum. Dieser Halenkrenzler hat also vom sozialdemokratisch verwalteten Schulministerium einen dreiwöchigen Urlaub bekommen, zu einer Zeit, wo der Unterricht durch einen Urlaub gestört wird und eine Urlaubserweiterung pädagogisch verteidigt werden könnte. Das Unterrichtsministerium hat aber diese Handhabe nicht ergriffen und dem halenkrenzlerischen Lehrer den Urlaub erteilt. Die Nationalsozialisten mögen einen gleichen Fall unter Fried oder Franzen nennen!

An diesen Beispielen ist klar nachgewiesen, daß den Halenkrenzern, die sich besonders durch eine profunde Unkenntnis der Entwicklung und einem grenzenlosen Unverständnis für unsere Zeit und ihre Probleme auszeichnen, keine Lüge und Verleumdung zu schäbig ist, um damit gegen die kampfbedürftige Arbeiterklasse zu agitieren. Die beste Antwort auf ihre Lügen ist, alles für den Sieg der Sozialdemokratie einzusetzen.

Die Beamten und Lehrer und unsere Partei.

Es ist eine tief bedauerliche Erscheinung, daß nicht nur auf dem hohen Lande, sondern auch in den kleinen Städten gerade die Beamten und die Lehrer es oft sind, die sich unserer Partei in so auffallend feindlicher Weise entgegenstellen, ja in den Versammlungen geradezu die Vorkämpfer der Gegner sind.

Und doch ist dies die kraffteste Ungerechtigkeit und Undankbarkeit, die ein Stand begehen kann.

Schon im alten Österreich hatte unsere Partei an der Sicherung des Beamtenrechtes einen hervorragenden Anteil. Die in der D. P. im Jahre 1914 für die staatlichen Angestellten errungene Zeitvorrückung und die damit erworbene Unabhängigkeit von politischen und nationalen Einflüssen, von persönlicher Günst und Mißgunst war nicht in letzter Linie das Werk unserer Partei, die damals im Parlament des allgemeinen Wahlrechtes einen nicht eben geringen Einfluß besaß.

Wie war es, als die Sozialdemokratie Einfluß hatte?

Der rechtlichen Besserstellung im Jahre 1914 folgte die wirtschaftliche, freilich erst nach dem Umsturz. Im Revolutionsparlament war die tschechische Sozialdemokratie als stärkste Partei dominierend in der Regierung. Es gelang ihr schon im Juli 1919, zunächst das Gesetz Nr. 451/19 betreffend die Anrechnung der Kriegshalbjahre, dann die sicherlich ganz erhebliche Gehaltsregulierung durchzusetzen, die das „Oktober-Gesetz“, das Gesetz Nr. 541/19 für die Beamten und Bediensteten des Staates brachte. Und nun jagte förmlich eine Begehrthöhung die andere. Das Gesetz Nr. 220 brachte eine Regelung und Erhöhung der Ruhegehälter der Staatsangestellten und der Versorgungsgenüsse ihrer Witwen, das Gesetz Nr. 330 eine Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten. Noch im Dezember 1919 wurde durch das Gesetz Nr. 2520 das Oktobergesetz nobelliert und verbessert. Der April 1920 brachte wieder zwei wichtige Gesetze zugunsten der Staatsangestellten: Das Gesetz Nr. 214/20 betreffend die monatliche Auszahlung der im Gesetze Nr. 541/19 festgesetzten vierteljährlichen Anschaffungszulagen — allerdings befristet bis 31. August 1920 — sowie das Gesetz Nr. 222/20 über die Durchrechnung der Dienstzeit. Im Juli 1920 wurde durch das Gesetz Nr. 440/20 die weitere Auszahlung des monatlichen Anschaffungsbeitrages beschlossen, im November 1920 das Gesetz Nr. 625/20, in dem den Staatsbeamten und Bediensteten weitere monatliche Rotaushilfen im Ausmaße des Anschaffungsbeitrages bewilligt wurden. Dann kam zum 1. Jänner 1921 die Regierungsverordnung Nr. 666/20 betreffend die Anrechnung des Militär- und Präsenzdienstes für alle Angestellten des Staates und noch im August 1921 das Gesetz Nr. 288/20, in dem für den Oktober 1921 noch eine besondere Aushilfe im Ausmaße der monatlichen Rotaushilfe gewährt wurde.

Und wie, als die Sozialdemokratie Einfluß einbüßte?

Bis dahin hatte sich die wirtschaftliche Lage der Beamten und Bediensteten des Staates in aufsteigender Linie bewegt. Und untrennbar war das Schicksal der staatlichen Angestellten verbunden mit dem Auf- und Niedergang der sozialdemokratischen Partei. Das Jahr 1921 vollendete die Spaltung im Lager unserer tschechischen Bruderpartei. Der linke Flügel machte sich selbständig und gründete die kommunistische Partei. So war die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Hauptpartei geworden und hatte an Macht und Einfluß gewaltig verloren. Die Nationaldemokraten, die Klerikalen und die Agrarier traten als starke, geschlossene und einflussreiche Parteien in den Vordergrund und der maßgebende Einfluß im Parlament ging von den tschechischen sozialistischen Gruppen auf die tschechisch-bürgerlichen Parteien über, die fortan bei der Beamtenbehandlung durch das Parlament den „Ton“ angaben.

Schon dasselbe Jahr brachte das Gesetz Nr. 195/21, das den Staatsbeamten wieder die Zahlung des Pensionsfondsbeitrages und der Personalinkommenssteuer anstrug, die das Gesetz Nr. 541/19 dem Staate aufgelastet hatte. Es war das dasselbe Gesetz, in dem zum ersten Male den Gemeinden, Bezirken und Ländern verboten wurde, ihre Beamten und Bediensteten besser zu stellen als der Staat! Und ein Jahr später kam das Gesetz Nr. 294/22, das die eben erwähnte Bestimmung in verschärfter Form wiederholte. Wohl wurden durch dasselbe Gesetz die Bezüge stabilisiert, d. h. in der Weise vereinfacht, daß die außerordentlichen Zulagen beinahe zur Gänze zum Gehalte geschlagen und neben diesem nur mehr eine einbezügliche Teuerungszulage gewährt wurde. Jede weitere Erhöhung aber wurde ausgeschlossen und vor allem wurde mit dem Abbau der sozialen Zulagen begonnen (Zulage der verheirateten Beamten für nach dem 1. Jänner 1924 geborene Kinder, Verabschaffung des Lebensalters der unverheirateten und nicht su-

derenden Kinder, für die den Beamten der Anspruch auf Zulagen zusteht.) Dazu trat überdies ab 1. März 1923 schon die Kürzung der einheitlichen Teuerungszulage um 20 Prozent!

Und das Jahr 1925 brachte nach der im März 1921 durch das Gesetz Nr. 99/21 bewirkten Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten das Gesetz Nr. 287/24 mit einer weiteren kleinen Verbesserung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Altpensionisten, aber das Gesetz Nr. 286/24 — das verächtliche und fürchterliche Abbaugesetz — brachte die Rechtsunsicherheit der Staatsangestellten ins Wanken.

Was geschah, als Deutschbürgerliche mitregierten?

Die inzwischen durch die Spaltung und ihre zahlenmäßige Schwäche fast einflusslos gewordene tschechische sozialdemokratische Partei trat nach den Neuwahlen im Jahre 1925 aus der Regierung aus und mit ihnen die tschechischen Nationalsozialisten. An ihrer Stelle nahmen im Jahre 1926 die deutschen Christlichsozialen und die deutschen Agrarier die Plätze auf den Ministerstühlen ein und der „Bürgerblock“ trat nun in Aktion! Wohl kam im Juli 1926 das neue Gehaltsgesetz Nr. 103/26, allein es brachte an sich schon durch die Aufhebung der Frauenzulage und die weitere Einschränkung der Zulagen für die Kinder den breiten Massen der Beamten und Bediensteten nur eine bittere Enttäuschung, indem die kinderreichen Angestellten überhaupt nur durch die im Gesetze vorgesehene Ausgleichszulage vor einer Verminderung ihrer Bezüge bewahrt blieben! Dafür aber vernichtete dieses Gesetz die politische Unabhängigkeit und persönliche Freiheit der Beamten und Bediensteten durch die Aufhebung des automatischen Aufstiegs in die nächst höhere Rangklasse und setzte an Stelle des Zeitabkommens die „Stellenbeförderung“, die dem Dienstgeber das Recht gibt, sich nach persönlichem Wohl- oder Unwohlwollen unter Rücksichtnahme auf nationale und politische Zugehörigkeit jene Beamten zum Avancement herauszuwählen, die oben bei den jeweiligen Herrschenden gut angefahren sind. Was im Jahre 1914 an Rechten und Freiheiten für die Staatsangestellten errungen und durch mehr als ein Jahrzehnt behauptet worden war, der deutsch-tschechische Bürgerblock hat es durch das Gesetz Nr. 103/26 mit einem Federstrich vernichtet — unter Mißhilfe der deutschen Agrarier und der deutschen Christlichsozialen!

Und was, als die deutschen Sozialdemokraten in die Regierung traten?

Und Ende November 1929 traten zum ersten Male die deutschen Sozialdemokraten an der Seite der tschechischen Genossen in die Regierung ein. Freilich fanden sie in dieser Regierung einer bürgerlichen Mehrheit gegenüber, bestehend aus den tschechischen Klerikalen, den tschechischen Nationaldemokraten und den tschechischen und deutschen Agrariern! — Allein kaum war ein halbes Jahr ins Land gezogen und schon brachte unter dem Einflusse der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten das Gesetz Nr. 70/30 den Altpensionisten die solange und vergeblich geforderte Gleichstellung mit den Neupensionisten und mit der Andeutung, daß sich die Pensionistenfrage mit der Zeit von selbst lösen werde, und zwar — durch das Aussterben der Altpensionisten — wurde doch völlig gebrochen, indem die ältesten Jahrgänge als erste in den Bezug der erhöhten Ruhegehälter gesetzt wurden! Und noch war das Jahr 1930 nicht zu Ende gegangen, so wurde — trotz der bereits ziemlich stark entwickelten Wirtschaftskrise — den Lehrern ein Weihnachtsbeitrag gewährt, eine Art der Begehrthöhung, wie sie bisher in der Tschechoslowakei überhaupt noch nicht bestanden hatte!

So zeigt sich genau: Mit dem Anwachsen des sozialdemokratischen Einflusses im Parlament und Regierung war das Steigen der Rechte und Bezüge der Staatsangestellten verbunden, in gleichem Schritt mit der Schwächung dieses Einflusses wurde auch die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Beamten und Bediensteten des Staates verschlechtert!

Nicht minder innig verknüpft mit dem Aufstieg unserer Partei ist das

Schicksal der Lehrer!

Im alten Österreich, wo die Klerikale, der Adel und die Bürokratie herrschte, da war die Arbeit der Volksschullehrer gering geschätzt und wenig geschätzt, ja die eben genannten Mächte sahen ja überhaupt auf die Erfolge der Schulungs- und Aufklärungsarbeit mit scheelen Augen, erfüllt von der Furcht, die Kinder könnten zuviel des Wissens erfahren und dann nicht mehr so willige, geduldige Ausbeutungs- und Unterdrückungsobjekte abgeben, als in der „guten alten Zeit!“

Dieser Auffassung von der Lehrertätigkeit und dieser Verächtlichmachung der Schule des Volkes entsprach auch die Entlohnung der Lehrer. Das fürsorglichst am besten besoldete Lehrerehepaar war nicht nur für die Konfessionsschule des Vormärz (typisch), sondern es bestand tatsächlich auch noch

nach Eintritt der Wirksamkeit des Reichsvolksschulgesetzes, das leider die Festsetzung der Lehrerbezüge den Ländern überlassen hatte. Mangel und Not verfolgte die Lehrer fort bis in das 20. Jahrhundert herein, in den Krieg und über ihn hinaus bis zum Umsturz.

Der sozialdemokratische Schulminister Haberman war es, der durch die Schaffung des Paritätsgesetzes im Mai 1919, also ein halbes Jahr nach dem Umsturz, die hohe Bedeutung, die die arbeitende Bevölkerung der Schule und der Arbeit der Lehrer entgegenbringt, dadurch zum Ausdruck brachte, daß durch das Gesetz Nr. 274/19 die Lehrer in materieller Hinsicht den Staatsbeamten gleichgestellt und sie so automatisch all der Begünstigungen (Kriegshalbjahrszulage, monatliche Auszahlung des Anschaffungsbeitrages und Rotaushilfe, Oktoberzulage, Pensionsaufbesserungen usw.) teilhaftig werden ließ, die den Staatsbeamten gewährt wurden! Alle diese Vorteile fielen jetzt ohne Kampf automatisch auch den Lehrern zu! Schon der Juli 1919 aber hatte eine weitere Errungenschaft gebracht, nämlich das Gesetz zugunsten der Lehrersoldaten, das ihnen — soweit sie dem Rannschafstande angehörten, für die Zeit ihrer Militär-Kriegsdienstleistung die Nachzahlung auf die vollen Bezüge sichert. Und die Bestimmung des § 7 dieses Gesetzes betreffend die Rückdatierung des Lehrbefähigungszugewinnes — sie hatte den jüngsten Lehrern, die im Kriege gestanden sind, vielfach Vorteile gebracht, die weit über das Ausmaß dessen hinausgehen, was sie erreichen hätten können, wenn der Weltkrieg nicht ausgebrochen und sie im Zivildienste verblieben wären! Der April 1920 brachte dann den Lehrern — auch noch unter Gen. Habermans Ministerchaft — neben den automatisch anfallenden Begünstigungen der Staatsbeamten nicht nur das automatische Definitivum rückwirkend auf die Vollendung der einjährigen Dienstzeit, sondern die imperative Anordnung, daß bei der Verwendung um eine ausgeschriebene Lehrer-, Fachlehrer-, Oberlehrer- oder Direktorstelle diese stets dem dienstältesten Lehrer verliehen werden muß, wenn er mindestens mit „gut“ qualifiziert ist! Jede Protektion, jede Willkür, alle Parteilichkeit und jedwede politische Verfolgung ist für die Lehrer in der Tschechoslowakischen Republik ausgeschlossen, sie sind der freieste und unabhängigste Stand im ganzen Staate!

Einige Fragen an die Lehrer!

Und wem haben sie diese Stellung zu verdanken? In erster Linie der sozialdemokratischen Partei, deren Unterrichtsminister den Lehrern diese imposante Rechtsstellung geschaffen haben!

Erinnern sich die Lehrer nicht mehr der Zeit, da sie bei jeder Bewerbung um eine Lehrerstelle bei den Orts- und Bezirksbehörden — vor allem natürlich beim „Herz Bfarrer“ — untertänigst vorsprechen um jeden einzelnen ergeben, um sein „Wohlwollen“ untertänigst bitten mußten, zitternd — vielleicht doch durch eine nicht ganz gut abgestimmte Redewendung dem „mächtigen Herrn“ verleiht, sich sein Wohlwollen beigegeben und damit die angestrebte Stelle verschert zu haben?

Der älteren Lehrergeneration wird diese Zeit wohl noch in Erinnerung sein, die jüngere hat sie ausfälliger Weise nicht mehr mitmachen müssen. Aber es ist nur zu wunderbar, daß die Lehrer, die diese Errungenschaft doch hoffentlich zu schätzen wissen, keine Rechenschaft sich darüber ablegen, sich gar nicht bemühen, wenn eigentlich sie ihre Befreiung aus unaufrichtiger erniedrigender Abhängigkeit zu danken haben! Und wie steht's mit dem Verhältnis der Lehrer zur Kirche?

In Österreich war — auch nach der Aufhebung des Konfessionsgesetzes — die Vorherrschaft der Klerikale in der Schule und über die Schule eine unbestrittene. Vergeblich kämpfte dagegen der Verein „Freie Schule“ mit seinen wirklich freigeistlichen bürgerlichen Vorkämpfern Baron Hof und Dr. Siner.

War es nach dem Zerfall des alten Staates nicht wieder der sozialdemokratische Minister Haberman, der durch seine Verordnungen vom Jahre 1919 den Zwang der Schulkinder zu den religiösen Übungen beseitigt und damit auch die Lehrer von der Verpflichtung, die Kinder zur Kirche zu führen und dort zu beaufsichtigen befreit hat?

Hat nicht das Revolutionsparlament unter demselben sozialdemokratischen Schul- und Kultusminister das Gesetz Nr. 111/19 den sogenannten „Kanzelparagraphen“ geschaffen, wodurch den geistlichen Herrn der Mißbrauch ihres Predigeramtes zu ihren politischen Zwecken bei Androhung von Arreststrafen von 1—6 Monaten verboten und ihnen so die Möglichkeit in der Kirche von der Kanzel herab Schule und Lehrer herabzuwürdigen und gegen sie zu hetzen genommen wurde?

Haben die Lehrer nicht auf Grund des aus dem Paritätsgesetz vom Mai 1919 in das neue Lehrergesetz Nr. 104/26 übernommen Gleichstellung mit den Staatsbeamten, begun, Staatslehrern, die Weihnachtzulage bekommen, die Lehreraltpensionisten die Gleichstellung mit den Ruhegehältern neuen Stillschreit?

Und hatte der Eintritt der deutschen Sozialdemokraten in die Regierung nicht auch in nationaler Beziehung für die deutschen Schulen und die deutschen Lehrer Erleichterung gebracht?

Gewiß, die nationale Autonomie — die von der österreichischen Sozialdemokratie schon im Jahre 1890 auf ihrem internationalen Parteikongress

Wenn das keine „Arbeiter-Partei“ ist!

Dieser Tage spricht Adolf Hitler in Hamburg, wo demnächst Wahlen in den Landtag stattfinden.

Ein Eintrittsplatz zu dieser Versammlung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei

kostet 6 Mark (sechs Mark) = 48 Kronen!

Wieviel Arbeiter, wieviel Arbeitslose werden wohl den Führer des Dritten Reiches bei diesem Entree sprechen hören? Und was wird er an Honorar einstecken, da er sich schon in dem zehnmal so kleinen Braunschweig für eine Versammlungsrede

ein Honorar von 2000 Mark = 16.000 Kronen auszahlen ließ? Denkt daran, wenn ihr Sonntag wählt!

tag in Brünn gefordert wurde (die Deutschbürgerlichen und die Nationalsozialisten haben diese Forderung nur aus unserem Programm ohne Quellenangabe entlehnt) — sie ist in den zwanzig Monaten seit dem Eintritt unserer Partei in die Regierung noch nicht durchgeführt worden. Ein Geschenkwurf, der den Deutschen wirklich die Schulselbstverwaltung bringen soll, ist kein Werk, das über Nacht gemacht werden kann, das braucht Zeit. Ja, freilich unter der Herrschaft des deutsch-tschechischen Bürgerblocks, da wurde 2 Jahre nach dem Eintritt der deutschen Christlichsozialen und der deutschen Agrarier ein „Schulselbstverwaltungsentwurf“ ausgearbeitet, den man sogar als die Verwirklichung der Forderung nach nationaler Autonomie ausgegeben hatte!

Aber wie sah der aus? Die deutschen Schulen in einer ganzen Reihe von Bezirken hätten überhaupt keinen deutschen Bezirksrat gehabt, sondern wären einem tschechischen Bezirksrat unterstellt worden. Die deutschen Sektionen der Landesschulräte hätten eine starke tschechische Mehrheit erhalten! Dafür aber hätte jedes Mitglied eines deutschen Orts- oder Bezirksrates sowie der deutschen Landesschulräte die tschechische Sprache vollständig beherrschen müssen!

Das war die „nationale Autonomie“, die uns der deutsch-tschechische Bürgerblock hatte bringen wollen!

So können wir die Sache natürlich nicht machen!

Keine nationalen Erfolge?

Wir haben durch unsere Verbundenheit mit den tschechischen Sozialdemokraten bewirkt, daß auch diese Partei sich vorbehaltlos, offen und entschieden auf dem Prager Parteitag im September des Vorjahres zur nationalen Autonomie bekannt hat! Damit ist ein wichtiger Schritt nach vorwärts zur Erfüllung dieser Forderung getan, denn die Deutschen allein können sie niemals durchsetzen!

Ist es nicht eine Tatsache, daß unter der Ministerchaft des Genossen Dörner mehr als 200 neue deutsche Schulklassen eröffnet und die Errichtung jener tschechischen Kinderheimschulen, die ausschließlich Tschechisierungszwecken dienen, wenigstens dadurch einigermaßen erschwert wurde, daß eine Mindestschülerzahl für die Gründung solcher Schulen festgesetzt wurde?

Und ist denn die Durchführungsverordnung des Genossen Dr. Czech, die dieser zu dem Gesetze betreffend den Schutz der unehelichen und der in fremder Pflege befindlichen Kinder herausgegeben hat und die bei mehr als 100.000 solcher deutschen Kinder von der Gefahr der Ernationalisierung bewahrt und den Grundlag der nationalen Autonomie im Verordnungswege für diese Kinder festlegte, nicht eine nationale Tat ersten Ranges? Sie allein bedeutet sicherlich 100mal mehr, als die zwei deutschbürgerlichen Regierungsparteien in ihrer mehr als dreijährigen Anteilnahme an der Macht im Staate in nationaler Beziehung zu leisten vermochten.

Bei ruhiger Ueberlegung müssen sich sowohl die Staatsangestellten, als auch die Lehrer sagen, daß die Sozialdemokraten ihre besten und treuesten Freunde und Schützer sind und daß unsere Partei allein kraft ihrer nationalen Beziehungen im Stande ist, die deutschen Kulturforderungen in der Tschechoslowakischen Republik der Erfüllung zuzuführen.

Gajda verliert sein Abgeordnetensmandat.

Ende der Vorwoche hat das Oberste Gericht bekanntlich das Urteil gegen Gajda bestätigt, das wegen Verbrechen der Vorüberleistung in der bekannten Affäre von Szava auf zwei Monate Kerker unbedingt lautete. Das hat zur Folge, daß Gajda die zwei Monate nicht nur abtun muß, sondern auch seine Pension verliert, die ihm allerdings schon bei seiner im Disziplinarwege erfolgten Degradierung gekürzt worden war.

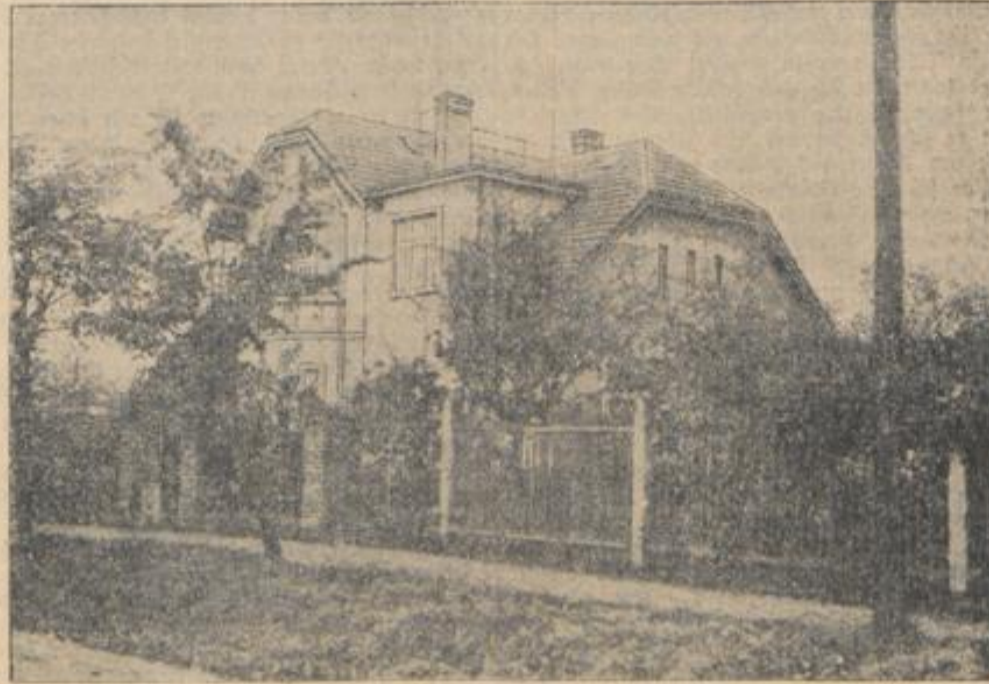
Die Entscheidung darüber, ob Gajda aus mehrfachen Motiven gehandelt habe, hatte sich das Oberste Gericht für die schriftliche Urteilsbegründung vorbehalten. Diese ist nun heute erschlossen. Demnach hat sich Gajda einer unehrenhaften Handlung schuldig gemacht. Auf Grund

dieses Urteils verliert Gajda nun das Gemeindevahlrecht und damit auch die Wählbarkeit in die Prager Gemeindevertretung, in die er an der Spitze der faschistischen Liste kandidiert.

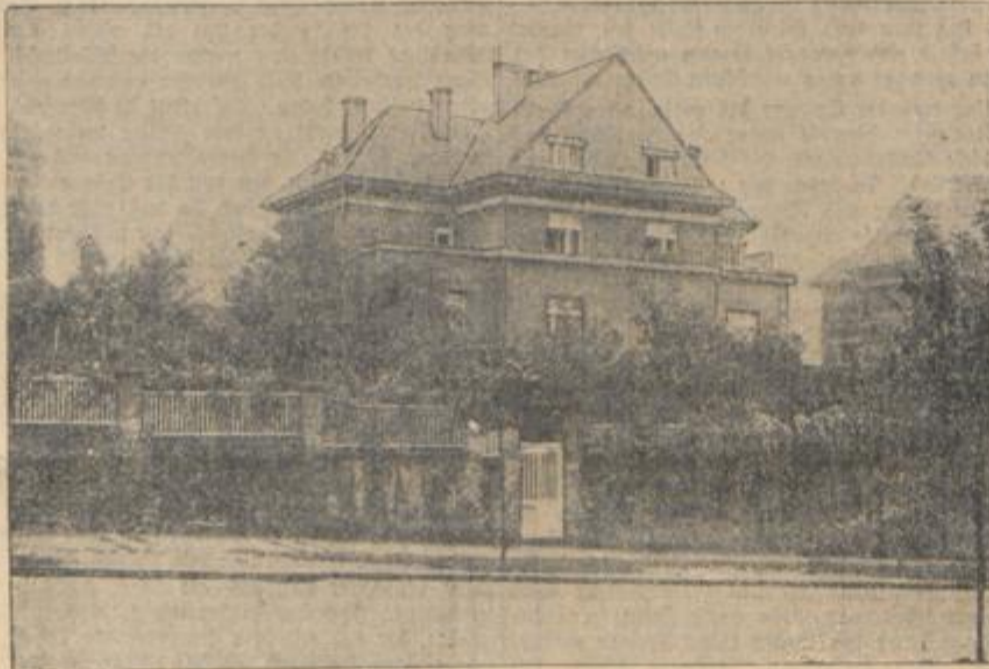
Es tritt aber auch der Verlust des Abgeordnetenmandates ein, der auf Grund dieser Verurteilung nunmehr vom Wohlgericht ausgesprochen werden muß.

Die leben!

Villen kommunistischer Führer und Gemeindevertretungskandidaten.



Die Villa des Dr. B. Baecel, Kandidaten der Kommunistischen Partei in Prag. (Die Villa ist in Kró.)



Die Villa des Redakteurs des „Rudé Právo“ Vlastimil Borel auf der Flora in Prag.

Die Nationalbank über die Wirtschaftslage.

Prag, 24. September. Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank genehmigte in seiner heutigen ordentlichen Monatsitzung den Beschluß des engeren Ausschusses vom 22. September, mit welchem der Diskontsatz auf 6 1/2%, der Lombardsatz auf 7%, resp. 7 1/2% erhöht wurde. Diese Erhöhung der Sätze hängt mit der internationalen Wirtschaftslage zusammen, deren Reflexe in der inländischen Wirtschaft zum Teile schon zum Ausdruck gekommen sind, zum Teile noch eine Verschärfung erfahren könnten: Sie schießt sich der bisherigen Entwicklung an, die den Störungen im internationalen Kreditwesen entspricht, und ist zu allererst

durch die bisherige Unklarheit über die Tragweite und die möglichen Auswirkungen der englischen Währungsmaßnahme bedingt.

Auf dem tschechoslowakischen Geldmarkt kamen in den letzten Monaten die Einflüsse der erwähnten Verhältnisse durch den erhöhten Geldbedarf zum Ausdruck, der neben den normalen Herbstanprüchen einerseits durch Rückzahlung der Kredite aus Ausland, andererseits durch das schwierige und verlangsamte Inkasso der tschechoslowakischen Exportforderungen, besonders in den Nachbarstaaten, verursacht wurde. Die zum Redio gewissermaßen sichtbare Erleichterung hat infolge der letzten Auslandsereignisse einer neuen Verteilung Platz gemacht. Die Nachfrage nach langfristigen Krediten dauert in unverändertem Maße an. Die Entwicklung der Spareinlagen ist weiterhin einheitlich.

Die Effektenbörse verfolgte im vergangenen Zeitabschnitt hinsichtlich der Aktienwerte bis zu den letzten Tagen eine rückläufige, durch die Entwicklung im Ausland bedingte Tendenz; das Geschäft konzentrierte sich eher auf den Anlagemarkt, der sich trotz mäßiger Abkühlung gut hielt. Die Indizes der Konjunkturempfindlichen Preise und der Großhandelspreise verzeichneten anfangs September einen weiteren Rückgang.

Die heutige Ernte von Getreidefrüchten ist nach den letzten statistischen Ermittlungen im

Vergleiche mit den vorjährigen Ergebnissen bedeutend niedriger, so daß man mit einer erhöhten Einfuhr von Brotgetreide rechnen kann. Der Stand der Futterfrüchte und Futtermittel hat sich im ganzen gebessert. Der Winteranbau ist verspätet und durch die andauernden Niederschläge gestört.

Die Beschäftigung der Industrie war in den einzelnen Zweigen ungleichmäßig. In zahlreichen Exportbranchen wirkten die Finanzschwierigkeiten der ausländischen Absatzgebiete ungünstig ein. Auch macht sich der erhöhte Wettbewerb auf den Auslandsmärkten fühlbar.

In den für den heimischen Markt arbeitenden Zweigen war die Situation ruhig, und die hier verzeichneten Änderungen trugen größtenteils den Charakter saisonmäßiger Verschiebungen nach beiden Richtungen.

Die Arbeitslosigkeit erfuhr Ende August aus Saisongründen eine mäßige Abnahme, die Grundtendenz der Arbeitslosigkeit war bis nun nach abwärts gerichtet.

Der Umsatz des Außenhandels im August war im Vergleiche mit Juli einigermaßen geringer, analog wie dies in derselben Periode des Vorjahres der Fall war, wobei die Ausfuhr weniger als die Einfuhr zurückging, so daß die Bilanz mit einem Aktivum schloß und sich hauptsächlich in bezug auf die Ausfuhr von Fertigfabrikaten gut hält. Die andauernde Depression zeigt sich namentlich in der niedrigen Einfuhr von industriellen Rohstoffen.

Die anhaltende Unsicherheit in der internationalen Wirtschaft, die jetzt hauptsächlich auf dem Gebiete der Finanzen zutage tritt, wirkt dauernd drückend ein. Rücksichtsvollerweise weist die tschechoslowakische Wirtschaft auch in diesem unruhigen Zeitabschnitt eine namhafte Widerstandskraft auf. Der Kurs der tschechoslowakischen Krone war ruhig, die tschechoslowakische Währung bleibt in ihren Grundlagen fest und die bisherige Währungspolitik wird unverändert aufrecht erhalten.

Cäsar im Tiroler Kostüm. Ein italienischer Fascist über Hitler.

Der italienische Fascist Curzio Malaparte hat ein Buch über „Die Technik des Staatsstreiches“ geschrieben, in dem er sich auch über Adolf Hitler, den deutschen Nachahfer Mussolinis, äußert. Es ist bezeichnend, daß Hitler, der vor Mussolini auf dem Banche kriecht, der ihm zuliebe Südtirol verrät und der alles bis auf den römischen Gruß der Faschisten kopiert hat, von dem italienischen Kollegen nur als lächerliche Figur gesehen wird. Malaparte schreibt über Adolf unter anderem:

„In Wirklichkeit ist Hitler nur ein Zerrbild Mussolinis

Dieser dunkelhafte und fette Oesterreicher mit den harten und mißtrauischen Augen, mit dem brennenden Ehrgeiz, mit seinen zynischen Plänen, mag, wie alle seine Landsleute, einen gewissen Geschmack an den Seldem des alten Rom und an der italienischen Zivilisation der Renaissance haben, aber er besitzt auch hinreichend das Gefühl für die Lächerlichkeit einer Situation und gibt sich genau Rechenschaft darüber, daß das Deutschland der Weimarer Verfassung kein Land der Eroberung für einen Kleinbürger aus Ober-Oesterreich sein kann, der sich als Sulla, als Julius Cäsar oder als Kondottiere kostümiert. Hitler möchte gern Mussolini imitieren, er glaubt an die Möglichkeit, Mussolini auf deutsche Manier zu modernisieren, das heißt sein Seldendideal ist ein

Julius Cäsar im Tiroler Kostüm

Man muß wirklich kauen, darüber, daß das Klima des Deutschlands von Weimar sich einer derartigen Mussolini-Karikatur fädelnd zeigt, die das ganze italienische Volk nur zur Seiterkeit reizen könnte.“

Eine neue Gemeinheit der Kommunisten

Die Leffentlichkeit hat bereits ausführlich Kenntnis von den Vorfällen in unserer Wählerversammlung in Górlau am Sonntag, den 20. September. Die kommunistische Partei, die Arbeiter gegen Arbeiter führt, deren einziger Zweck die Verewigung der Spaltung ist, die durch ihre sinnlose Politik dem arbeitenden Volke mehr Schaden zufügt als alle politischen Gegner zusammen, diese Partei hat nach den Górlauer Vorfällen noch die Stirn, sich in das Licht der Unschuld zu stellen!

Die Kommunisten haben in Górlau ein Flugblatt verbreitet, das voll von Unwahrheiten ist. Als „Glands- und Nordpolitik“ wird die Politik unserer Genossen bezeichnet. Wer die Kommunisten nicht kennt und über die Vorfälle in Górlau nicht aus objektiver Quelle unterrichtet ist, der könnte meinen, daß diese Leute die reinsten Lampen sind. In solchen Dingen sind die Kommunisten wahrhaftige Meister, da haben sie eine gute Schule hinter sich, aber es soll ihnen nichts nützen. Die Schuld steht eindeutig fest, daran kann niemand mehr rütteln: Wer mit Ohrenzweimern in eine Versammlung geht, wer gleich am Beginn einer Versammlung anfängt zu stören, der hat keine guten Absichten!

Die Arbeiterschaft wird dieses freile Spiel mit ihren Lebensinteressen noch einmal satt bekommen und den Kommunisten eine Antwort mit dem Stimmzettel geben, die sie nicht mehr vergessen wird. Was sie in Górlau verbrochen haben, das zeigt ihr wahres Wesen. Sie sind die Klassenkämpfer innerhalb der Arbeiterschaft. Aber dieser kommunistische Klassenkampf führt zu keinem Sozialismus. Er treibt Haß unter die arbeitenden Menschen, die sonst gemeinsame Interessen haben, und führt zur Desorganisation. Die Kommunisten werden so zu Verbrechern des Faschismus. Darum soll für alle vernünftigen und denkenden Arbeiter die Górlauer Versammlung wieder eine Mahnung sein.

Es muß Schluß gemacht werden mit den Kommunisten!

Wer es ernst meint mit der Sache der Arbeiterklasse, der darf nicht mehr zusehen, wie hier in frivoler Weise mit Lebensinteressen der Arbeiter gewürfelt wird. Bei der Gemeindevwahl am 27. September hat die gesamte Arbeiterschaft die Möglichkeit, ihrer Meinung über die Kommunisten eindeutig Ausdruck zu verleihen!

Waffenhinrichtung in Mexiko?

Paris, 24. September. „New York Herald“ berichtet aus Vincente Guerrero in Mexiko: Der Bürgermeister der Stadt ordnete gestern über Befehl des Gouverneurs an, daß 85 Personen hingerichtet werden sollen. Trotz der Proteste der Bevölkerung aus der ganzen Gegend wurden diese 85 Hinrichtungen vollzogen. Man erwartet, daß die Bevölkerung dieses Gebietes dagegen revoltieren wird.

Das Land ohne Luftdruck.

Bolivien, das Hochland auf dem Rausch der Anden, bietet in 4000 Meter Höhe Lebensbedingungen von so ungewöhnlicher Art, daß es dem kürzlich erst ins Land gekommenen immer wieder neue Seltsamkeiten zu Gesicht bringt.

Jeder, der einmal in den Alpen gewesen ist, weiß, welche Besonderheiten mit der geringeren Luftdichte in beträchtlichen Höhen für den ganzen Lebensprozeß gegeben sind. In Bolivien haben wir nun ein ganzes Land, wo Mensch und Tier sich erst akklimatisieren mußten.

Die Leistungsfähigkeit des Menschen in der Luft des Hochgebirges ist außerordentlich. Die einfachsten Verrichtungen unterliegen den größten Schwierigkeiten. Um beispielsweise ein Ei richtig zu kochen, braucht man in Bolivien viel mehr Zeit, als irgendwo anders, und zwar weil hier das Wasser schon bei 90 Grad. nicht erst bei 100, wie im Kochtopf der europäischen Hausfrau, zu siedeln beginnt. Aber dieser Temperaturgrad von 90 Grad ist nicht genügend, um ein Ei zu kochen. Die gleichen Umstände machen sich bei der ganzen Kocherei bemerkbar, ganz gleich, ob es Gemüse ist, das man gar, oder Reis, den man weich kochen will. Nur die Eingeborenen mit ihrer einfachen, anspruchslosen Ernährungsweise kommen leicht über diese Schwierigkeiten hinweg.

Die alle spanischen Rassenabkömmlinge sind auch die bolivianer begehrtesten Anhänger des Stierkampfes. Lassen sie sich aber einmal einen der berühmtesten Toreros kommen, so ist es ziemlich gewiß, daß auch er nicht zur rechten Entfaltung seines Könnens kommt, weil er zunächst einmal die Bergtiefe überwinden muß. Es ist vorgekommen, daß man einen alten gebürtigen Bolivianer als Ersatzmann einspringen lassen mußte, der nun gegen einen besonders starken und gefährlichen Stier kämpfen sollte. Der Bolivianer ging aber dem Stier ohne Schaden zu Leibe, was die Zuschauer überaus verwunderte, da sie ihn sonst als „gar zu vorsichtig und zu wenig standhaft“ kannten. Was wunder? Der Torero mußte eben, daß auch der Stier gerade erst frisch importiert und deshalb ebenfalls an „Lorche“ litt.

Bei den „Carreras“, den bolivianischen Pferderennen in La Paz, die sich großer Beliebtheit erfreuen, ist es gar nicht Seltenes, daß bei der gewaltigen physischen Anstrengung, die die Rennpferde bei dem Laufen durchzumachen haben, manches Pferd sich durchschlägt bis zum letzten Gang herausgibt. Auch das Pferd als ein Bewohner des Tieflandes ist den Luftschwierigkeiten des bolivianischen Hochlandes nicht gewachsen. Hier in 4000 Meter Höhe legt selbst das starke Herz des Rennpferdes wohl einmal aus. Vor wenigen Wochen ereignete es sich, daß ein hochwertiges Pferd, Dentista Azul, im vollen Lauf anstiel. Wenn es aber den Pferden so geht, braucht man nicht erstoun zu sein, daß auch die stärksten Automobile nicht ihre volle Geschwindigkeit in der Gebirgsluft erzielen können. Die Motoren, deren Verbrennungsvorgang von den Sauerstoffmangel unter den normalen Luftverhältnissen der Tiefebene leidet und eingeschränkt worden ist, arbeiten in 4000 Meter Höhe nicht so gut, wie bei uns niedriger wohnenden Menschen.

B. Schwinz.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Der Großkampf in Norwegen

Der Großkampf in Norwegen, der am 15. März mit der Aussperrung von 12.000 Baderarbeitern seinen Anfang nahm und von dem Vater durch weitere Aussperrungen insgesamt 85.000 Arbeiter betroffen waren, ist nunmehr beendet, und zwar auf Grundlage des bereits im August von den Arbeitern abgelehnten Schlichtungsbeschlusses des staatlichen Schlichters. Nach der Ablehnung des Schlichtungsbeschlusses fanden wiederum Verhandlungen statt, — teils zwischen den beiden Spitzenorganisationen und teils zwischen den Organisationsleitungen in den einzelnen Betrieben — wobei man sich über die Verständigung einiger unklarer Bestimmungen einigte. Danach fand eine Urabstimmung statt, die eine Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Annahme des Schlichtungsantrages ergab. Im letzten Augenblick ergaben es allerdings, als sollte sich die so mühsam erzielte Verständigung wieder zerschlagen, weil der außerhalb der Landesgrenzen stehende Bauernverband den Schlichtungsbescheid ablehnte, die Arbeitgeber jedoch ihre Zustimmung von der Verständigung auf der ganzen Linie abhängig machten. Aber auch diese Schwierigkeit wurde schließlich beseitigt, so daß die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden ist.

Das Ergebnis des Kampfes kann wohl als ein Erfolg der Arbeiter gewertet werden, da die durchgeführte Lohnherabsetzung durchschnittlich nur 6 Prozent betrug, während die Arbeitgeber eine Kürzung von 15—25 Prozent gefordert hätten und die Indexziffer der Lebenshaltungskosten seit der letzten Lohnregulierung um 12 Prozent gestiegen ist. Allerdings hätten die Gewerkschaften den Kampf mit dem gleichen Ergebnis weit früher beenden können.

Die jetzt beendete Aussperrung ist der größte und langwierigste Arbeitskämpfe in der Geschichte Norwegens und wurde mit beispielloser Ausdauer und glänzender Solidarität durchgeführt. Allein an Unterhaltungen haben die norwegischen Gewerkschaften während des Kampfes annähernd 20 Millionen Kronen ausgegahlt. Die Aufbringung dieser gewaltigen Summe war natürlich nur durch die unvergleichliche Solidarität der heimischen und schwedischen Gewerkschaften möglich, die zum größten Teil diesen langandauernden Kampf finanzierten. Die große Zusammenarbeit zwischen den skandinavischen Gewerkschaften hat

wiederm ihre Probe bestanden. Es ist zu hoffen, daß die norwegischen Genossen hieraus — auch in bezug auf den Wert der internationalen Zusammenarbeit — die richtige Lehre ziehen werden.

Mitgliederzahlen des britischen Gewerkschaftsbundes. Auf dem in Bristol abgehaltenen 63. Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes vertrat 587 Delegierte 3.719.401 Mitglieder. Auf dem Gewerkschaftskongreß des Jahres 1930 wurden 3.744.320 Mitglieder von 606 Delegierten vertreten. Der geringe Rückgang ist insbesondere auf die schwierige Lage verschiedener Industrien (z. B. der Textilindustrie) zurückzuführen. Sieht man von diesen Industrien ab, so kann festgestellt werden, daß auf Grund der speziellen Organisationskampagne des Generalrates im vergangenen Jahr nicht weniger als 100.000 neue Mitglieder gewonnen wurden.

Der Film



Tschechischer Historienrummel.

Mit den „Hundstüpfen“ — nach dem bekannten Roman von Pirásek — wird so ungefähr die Reihe der Pilsbavka fortgesetzt; die Regie Danemanns, die Rusit von Roskal und etwas sorgfältigere Arbeit als in früheren Filmen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß dergleichen Werke mit Kunst nichts zu tun haben und in ihrer eindeutig nationalen Tendenz mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Die Russen haben uns, wenn auch in gekürzelter Auffassung, gezeigt, wie man das wahre Gesicht nationaler Kämpfe zeigt; ein Roman, der in der lebenswichtigen Bürgerkriegsline des tschechischen Historikers den Freiheitskampf des kleinen Chodowalles zeigt, wird als historisch interessant nicht schaden; aber dieser Film ist raffiniert wirkungslos, er muß Instinkte entzünden, die unausweichlich zum unberechtigten nationalen Haß hinweisen, er gibt diesen Strömungen noch Nahrung dadurch, daß in gewohnt trübseliger Weise der Tod des mutigen und wackeren Bauern gezeigt wird, er macht eben das, was doch heute als schädlich erkannt ist. Der Film zerreißt in vielen Menschen die Brücke der nationalen Verständigung, er operiert mit Instinkten, die aus verantwortlichen Schulbüchern nationaler Tendenz genährt werden, er ist nicht vollstündig, sondern vollstündig; denn die verstaubten Geschichten feudalen Streites mit blutiger Rohheit dürfen gerade in dieser Zeit sozialer Kämpfe nicht propagiert werden. Wir brauchen Zusammenarbeit und nicht nationalen Krieg, die Klassenförmigkeit der Menschheit ist übernational und die Neuordnung wird nicht auf Basis „Rebonds für den Weißen Berg“ aufgebaut werden.

Das muß gesagt werden: Protest gegen diesen Mißbrauch der Geschichte, Protest gegen eine Clique von Gewinnfuchsern, die das alles noch als kulturell und für die Jugend geeignet zu erklären wagt! Wenn an diesem Film etwas wertvoll ist, dann ist es die klare und eindrucksvolle Photographie Bichs, der wirklich unvergleichliche Bilder geschaffen hat; seine Bavenstypen sind unheimlich markant, sein Gewitter, seine Zeichnung des Freiheitskämpfers, dieses Spiel um den Freiheitsbaum sind erstklassig. Dagegen unfähig aber, daß der Regisseur Danemann die Hauptdarsteller Kazan und die Dostalová wie am verstaubtesten Theater sprechen und spielen läßt, daß er mit guten Typen wie Pásek, Vostot, der Grossová nichts anfangen kann; die Angehörigkeit des Arbeitersollens um diesen Film erkennt man am besten aus der Reflexion: Großfilm, bearbeitet nach dem Roman von Pirásek! Regiearbeit wird man vergeblich suchen.

Drei Tage Liebe.

Was ein Regisseur im Lonfilm leisten kann, sieht man auch in diesem sympathischen Film, der im Urania-Kino hoffentlich großen Erfolg haben wird: Heinz Hilpert zeigt drei Tage der Liebe eines Paders und eines Studienmädchens. Er verzichtet mit Erfolg auf den Sex appeal und bemüht sich mit großer Sorgfalt in Hanns Albers und der Kirche Dorisch zwei Menschen auf die Leinwand zu bringen, so wie sie wirklich leben und nicht, wie sie in Berlin W leben sollen; und das ist der große Wert dieses Films, der keine eigentümliche Handlung hat und nur durch die meisterhafte Allseitigkeit und das überragende Spiel dieser beiden Künstler wirkt; dieses primitive und so elementare Erleben kann kaum greifbarer dargestellt werden. Der Film erinnert an das Erstlingswerk von Oloof! „Menschen am Sonntag“, in dem gleichfalls Beden gezeigt wurde, wie es ist.

B. S.

PRAGER ZEITUNG.

ABC der Ach und Weh!

- A wie Ach- und Wehgemeinde: Kasinofreunde — Kasifreunde,
- B wie Bacher, Franz genannt, „Börjaner der Arbeit“ er erfand,
- C wie Cechen, die sie hassen, Am Deutschen Haus doch mauern lassen,
- D wie Deml, Demokráten: Willkommen, Alfons, Majestäten!
- E wie Epstein, ditschen toll Durch ein Gedächtnisprotokoll,
- F wie Föhr, ein deutscher Red', Tief der Filme wegen weg,
- G wie Gott — ach Gott, wo biste? Mit Epsteins oder Arier-Liste?
- H wie Horrig — armer Rudel Tief zu diesem Raddelunddel,
- J wie Junger Demokrat Vergangenheit vergessen hat!
- K wie L. L. Kasinoten Wollten kuppeln mit den Roten,
- L wie Lumpen jeds Lügen, Weil sie dran uns niemals kriegen,
- M wie mies vor den Mandaten, Die sie christlich teilen toten.
- N wie man spricht Kavrátil Frontisiel nach Botans Will.
- O wie Obershall wird's wenden? Ob, wie wird das Sonntag enden!
- P wie Prager Bürgerübel Tröste sich im Bräuhäusfrübel
- Q wie Ur-Quell-Quodlibet — Schön wár's, wenn man's nur schon hát!
- R wie Rofche: Hohes Haus, Halte meine Phrasen aus!
- S wie Sozi, Strauß und Schwelz Gegen Schwarz und Braun und Weiß.
- T wie Tonfilm, deutsches Wort, Jagst den Föhr nach Dresden fort.
- V wie vorn so auch von hint, Dieses sieht ein jedes Kind,
- W wie Wirtschaftskradpartei Stinkt wie ein faules Ei
- YX, Z wie Hier: Wählet Liste gehmundvier!

Mit Sachlichkeit an die Arbeit.

So überschreibt die DWG ihr neuestes Wahlflugblatt, in dem sie gleich ein paar praktische Proben dafür gibt, wie sie sich diese Sachlichkeit vorstellt:

Die Wahrer der Kultur.

... für alle Kultur- und Bildungsfragen zeigen die Prager Deutschen seit jeher lebhaftes und verständnisvolles Interesse“ (sagt das Wahlflugblatt und führt den Beweis durch folgendes Sprüchlein:

Sonntag geht Ihr an die Urnen:
Wast ihnen den Tusch!
Lagt die Sozi ruhig turnen,
Bald heißt's für sie: Tusch!

„Pan-Europa“

müß in dieser oder jener Form unbedingt zur Tat werden“ sagt ein Mitarbeiter an dem Flugblatt. Die DWG hat sich für diese Form der Vorarbeit für Panuropa entschieden: Sie zeigt auf einem Bildchen einen vier-schrötigen eckhaften Keel mit brutalem Verbrechergesicht, in unbeschreiblich unästhetischer Stellung, von dem sie nach der Melodie „Ruch, du hast die Gans gestohlen“ singt: Ruffe steht auf seinen Hagen Bruder Tscheche da ...

„Zur lokalen Mitarbeit“

an der Lösung der innerstaatlichen Probleme ist die DWG bereit“ und zwar so: Sie läßt in einem satirischen „Protokoll“ über die X. Sitzung der Zentralvertretung von Groß-Prag“ den tschechischen Sozialdemokraten sagen:

„Man sollte die Deutschen nicht vor den Kopf stoßen. Die Deutschen dürfen doch deutsch sprechen, im Kasino, in ihren Wohnungen ...“

Das Wahlflugblatt, das diese Satire enthält, erscheint an einem Tag, an dem die Zeitungen folgende Meldung bringen:

Das sozialdemokratische „Právo Lidu“ gliedert die Tatsache, daß die Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft in Prag gewonnen ist, ihre Wahlausrufe ohne deutschen Text zu platieren, in folgender Weise: „Wir wissen nicht, ob der Hauptstadt der Republik Ruhm daraus erwachsen wird, daß die deutschen Bürger, die das Wahlrecht und eine Vertretung im Rathaus haben, keinen deutschen Wahlausruf herausgeben dürfen. Wahlplakate sind keine Speisekarten, und es wäre doch lächerlich, wenn sich die deutschen politischen

Parteien an deutsche Wähler mit tschechischen Plakaten wenden müßten oder mit Plakaten in solchen Sprachen, die in Prag erlaubt sind, wie der französischen, englischen, arabischen oder chinesischen, abgesehen von allen slawischen Sprachen.“

Neue Lausbübereien Des Prager Kasinotenpads.

Die gestern von uns an leitender Stelle charakterisierte Ach- und Wehgemeinschaft, die den Wahlkampf in Prag und, soweit sie in der Provinz durch ihre Presse Einfluß besitzt, auch dort mit den unsaubersten und lumpigsten Verleumdungen führt, hat Donnerstag eine Wahlzeitung erscheinen lassen, die der „Bohemia“ und dem „Prager Tagblatt“ beigelegt wurde, und in der sich neben anderen Bübereien, die folgende ganz besonders freche findet; es heißt, in einem Wort an die Unpolitischen:

„Geben Sie den Sozialdemokraten Ihre Stimme, so stimmen Sie damit ein in den Ruf nach der tschechischen Polizei, die Kommunisten und Hakenkreuzer niederknüppeln soll — bei einer Partei, die fünfzig Jahre lang von der Polizei niederknüttelt worden ist, eine Antikonsequenz, die zu denken gibt.“

Nicht nur, daß die DWG, in einem laugroben Wahlflugblatt die Rasi, die sie jetzt gegen die Polizei in Schuß zu nehmen scheint, als Diebe, Mordgefinde, Wegelagerer und Judenhäuser hingestellt hat, dürfte sich gerade die DWG, was die Haltung gegenüber der Polizei betrifft, am allerwenigsten rühmen. Ob die Polizei in Prag oder in der Provinz geprügelt und sich Ueberrasse erlaubt hat, nie haben die Zeitungen der DWG, weder die „Bohemia“, noch gar das „Tagblatt“ ein Sterbenswörtchen dagegen zu sagen gewagt. Sowohl auf Prager Boden wie anderswo haben unsere Presse und unsere Partei den Kampf gegen den Polizeiknüppel immer allein führen müssen und zu allerletzt unterstützt von dem feigen Kasinotenpad, das um seine Pfriinden zittert und der Obrigkeit bei jeder Gelegenheit seine Reverenzen macht. Es gibt doch nichts Erbärmlicheres, als dieses politische Trödeltrum, das sich in politischen Friedenszeiten mit dem Nimbus der „überparteilichen Sachlichkeit“ umgibt, den Genossen spielt, jeden seiner Vorgänger als das Muster von Ritterlichkeit beweihräuchert und im Wahlkampf, um dem Gegner ein paar hundert Stimmen abzugewinnen, in die Jauchengrube steigt und aus ihr seine Argumente schöpft!

„Právo Lidu“ und die deutschen Wahlplakate

„Právo Lidu“ knüpft an die von der DWG angehängenen angeblich deutschen, in Wirklichkeit aber neutralen Wahlplakate folgende Bemerkung: „Wir wissen nicht, ob es für die Hauptstadt der Republik ein Ruhmesblatt ist, wenn die deutschen Mitbürger, welche ein Wahlrecht und eine Vertretung in der Gemeinde haben, bei den Wahlen keinen deutschen Wahlausruf herausgeben dürfen. Wir halten dafür, daß Wahlausrufe keine Speisekarten sind und daß es wohl recht lächerlich wäre, wenn deutsche politische Parteien sich an deutsche Wähler mit tschechischen Plakaten oder Plakaten in einer Sprache, welche in Prag gestattet ist, wie Französisch, Englisch, Arabisch, Chinesisch usw., ohne die slawischen Sprachen anzuführen, wenden würden.“

Diese Äußerung des „Právo Lidu“ ist neuerlich ein Beweis dafür, daß bisher nur bei den tschechischen Sozialdemokraten Bereitschaft zur Verständigung besteht. Wie armselig ist, verglichen mit diesem, in der Wahlzeitung der chauvinistischen Propaganda doppelte mutigen Verhalten der tschechischen Sozialdemokraten das deutsche Bürgertum, welches durch sein „nationales“, auf Wählerfang gerichtetes Gebahren seinen Glauben an wahre Verständigungsbereitschaft erschlägt! Wie armselig sind besonders die „Pölschen“, die an deutsche Wähler mit tschechischen Wahlzetteln herantreten wollten!

Auch Glöckel hat nationalen Berrat geübt!

Nicht nur die alles weniger als katholische Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft wirft den deutschen Sozialdemokraten nationalen „Berrat“ vor, sondern auch das fromme christlichsoziale Wiener Montagblatt. Na, warum denn? Welches Interesse haben die Wiener Seipeliten an den Prager Gemeindevahlen? Na also, sie wollen den Genossen Glöckel treffen, erzählen von ihm, daß er in Prag in einer Wählerverammlung gesprochen habe und begrüßen ihn deshalb spottend mit „Kazdar“. Aber da hat sich das Seipelblatt einmal gründlich blamiert. Seine politischen Kenntnisse scheinen über die Innere Stadt von Wien nicht hinauszureichen, es weiß nicht, daß es in Prag nicht nur Tschechen, sondern auch Deutsche gibt und daß Genosse Glöckel in einer deutschen sozialdemokratischen Wählerverammlung in Prag gesprochen hat. Gen. Glöckel wurde auch, wir können das dem christlichsozial-deutschnationalen Blatt verraten, in der Verammlung nicht mit Kazdar begrüßt, sondern mit einem herzlichen Freundschaft!

Wählt sozialdemokratisch!

In Prag Liste 14

Beg mit allen Grundfäden!

Die Parole der AuWS.

Die Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft hat bei den Wahlen in Prag alle Grundfäden mit lühnem Schwung über Bord geworfen und führt den Wahlkampf — wenn man von den nichtswürdigen Verleumdungen und ordinären Beschimpfungen abliest — nur noch mit Rechenkunststücken. Ebenso fix wie sie herausrechnet, daß die deutschen Sozialdemokraten in Prag kein Mandat erhalten werden, berechnet sie, daß die Sozialdemokraten die Wahlzahl erreichen werden. Woher nehmen die Rechenmeister der AuWS die Gewißheit her, daß die mit Christlichsozialen und Deutschnationalen verbündeten Sozialdemokraten dieselbe Stimmenanzahl erhalten werden wie die drei Parteien bei den Parlamentswahlen zusammen erhalten haben? Die Parlamentswahlen von 1929 fanden zu einer Zeit statt, da die Studenten, die ein beträchtliches Kontingent der Sozialdemokratischen Stimmen in Prag waren, während am kommenden Sonntag die Hochschulen noch nicht eröffnet sind. Es kann also sehr wohl geschehen — zumindest müßte die AuWS mit der Möglichkeit rechnen — daß der Sozialdemokrat mit den jüdischen und nichtjüdischen Stimmen der AuWS gewählt wird. Was sagt aber der Wahlausruf der AuWS von den Sozialdemokraten?

Daß sie auf friedliche Passanten geschossen haben,
daß sie Strafen wegen Diebstahls, Betrugs und Straßenraubs abgelesen haben,
daß sie Südtirol schmählich im Stiche gelassen haben.

Diesem Wähler der AuWS, welche also mit ihren Reststimmen „Dieben“, „Betrüggern“ und „Straßenräubern“, so nennen die Leute von der AuWS die Sozialdemokraten, zu einem Mandat verhelfen wollen, sollen die AuWS wählen. Die das nicht wollen, wählen die Liste 14 der deutschen Sozialdemokratie!

Das Elend der Obdachlosen und die „Humanität“ der Polizei.

Von einem Augenzeugen wird uns folgender empörende Vorfall berichtet: Dienstag gegen halb zwei Uhr früh wurde von zwei patrouillierenden Wacheleuten in der Melantrichgasse ein junger Arbeiter beanstandet, weil er vor einem Haustore schlief. Da der Arbeiter der Aufforderung den Platz zu verlassen, nicht nachkommen wollte, wurde er von einem Wachmann gepöbelt und gestochen, worauf der Unterstandlose in seinem Kragen den Kopf von sich warf, um gewissermaßen zu bekunden, daß ihm alles egal ist. Dann im geringsten eine drohende Haltung gegen die Wachleute eingenommen zu haben, schlug man nunmehr den verzweifelt Menschen mit dem Knüttel auf den Rücken und einer der beiden Polizisten zog sogar den Säbel blank, von dem er glücklicher Weise aber keinen Gebrauch machte. Weinend und klagend über sein Elend erhielt der unglückliche dann noch mehrmals die Polizeihäufte zu spüren, bis man ihn endlich in Ruhe ließ. Der Squalor, welcher nun seines Weges gehen konnte, ging jedoch nicht weit. Aufeinander um neuerlichen Verhaftungen durch andere Polizisten zu entgehen und dennoch schlafen zu können, ging er nach wenigen Schritten freiwillig zu den Krügelpolizisten zurück und verlangte die Mitnahme zum Polizeikommissariat. Damit fand diese widerliche und geradezu schmachvolle Straffenszene ihr Ende. — Das Vorgehen der Polizisten gegen den unterstandlosen Arbeiter verurteilen wir auf das schärfste und verlangen, daß die Polizeidirektion den geschilderten Fall strengstens untersucht.

Prager Straßencleaning. Es ist über zu loben, daß das Bureau des Prager Magistrates (Abt. Straßenreinigung) die Müllabfuhr modernisiert, daß er Rehrmaschinen, Straßenpflügen, Spülwagen modernster Konstruktion angeschafft hat. Das alles in Ehren! Aber wird man wohl je erleben, daß den von uns wegen ausgeführten Staubauswirlern das Handwerk gelockt wird? Keine andere Stadt, die sich als Großstadt bezeichnet, würde dulden, daß zu Zeiten lebhafter Frequenz plötzlich eine Kolonne Straßenkehrer auftaucht, um völlig sinnlosweise den Straßensaub aufzuwickeln. Das soll nun häßliche Reinigungsarbeit vorlesen! Soweit überhaupt etwas zusammengefasst wird, treibt der nächste Windstoß das Rehrmaschinenrad doch wieder auseinander. Weist aber wird der Staub einfach in die Höhe gewirbelt und hält die Passanten in eine feinstige Wolke. Da noch ziemlich viel Pferde- und Fuhrwerk in Prag anzutreffen ist und der Mist in den Augen unseres prächtigen Pflasters hängen bleibt, ist man bei jedem Atemzug genötigt, die gedrückten Extremitäten einzusaugen. Daß er die offenen Obst- und Lebensmittelstände, Wurstverkäufer und dergleichen nicht verschont, ist klar. Ein appetitlicher Zufuß zu den Schwärzen. Wenn man sich nicht entschließen kann, vor dem Fegen den Boden zu besprengen, dann wäre es schon besser und hygienischer, von solcher „Reinigung“ überhaupt abzusehen.

Die Deutsche Lehrerbildung erbitet für ihre Höher die Remnung billiger und guter Quartiere. Adressen: Prag III, Letenská 5.

Gerichtssaal

Liebesdrama im Stundenhotel.

Eine Keuschjährige greift zum Messer. — Die Schatten der Vergangenheit. (Schwurgericht.)

Prag, 24. September. Der dritte Nordprozeß der Session — eine Keuschjährige unter Anklage des verjuchten Mordes. Die Hausgehilfin Anna Ruprecht, die heute vor den Geschworenen steht, hat es nicht vermeiden können, daß ihr Geliebter, der Malergehilfe Franz Louka, dem Verhältnis, das zwei Jahre gedauert hatte, ein Ende machen wollte. Dieses Verhältnis schien zuerst zur Ehe zu führen. Auch die Eltern des damals 23-jährigen jungen Mannes hatten nichts dagegen einzuwenden. „Wenn das Mädchen nur brav ist!“ Blödsinn aber erfährt er, daß seine Frau wegen eines Eigentumsdeliktes verurteilt ist und damit war es ihm klar, daß sie nicht seine Frau werden könne. Tatsächlich hat sie bereits als Kind zu kleinen Unethlichkeiten geneigt und ihren Eltern viel Sorgen gemacht. Die gekohlten Kleinigkeiten verteilte sie an ihre Gespielen. Auch als sie in Dienst getreten war, unterlag sie dieser Reizung und kam vor Gericht. An dieser Sache sollte ihre Liebe scheitern.

Sie suchte ihren Geliebten mit allen Kräften zu erhalten, als sie merkte, daß er stets Fühler zu ihr wurde. Schließlich schreibt er ihr aus seinem

Er muß sofort operiert werden, kommt knapp am Tode vorbei und muß lange Zeit im Spital liegen. Koch heute ist er nicht ganz hergestellt. Sie dagegen, deren Verletzungen ganz leichter Art sind, wird sofort der Polizei übergeben, wo sie sich reslos zu der Mordabsicht bekennt. Die Folge ist die Anklage auf unvollendeten Mordmord und Diebstahl an ihrer Dienstgeberin.

Während der heutigen Verhandlung weinte die schwächliche und blasse Angeklagte ununterbrochen. Der Bericht, der als Zeuge auftrat, antwortete auf die formelle Frage des Vorsitzenden ob er Haß oder Groll gegen sie hege: „Nein ja freilich!“ Er erklärte, die einzige Ursache seiner späteren Abneigung gegen die Angeklagte sei ihre kriminelle Reizung gewesen. Sie sei soweit gegangen, daß sie ihn unter Vorpiegelung einer Schwangerschaft zu halten suchte. In diesem Fall hätte er sie trotz allem geheiratet. Aber es stellte sich heraus, daß nichts Wahres an der Sache war und man fühlte er sich erst recht abgestoßen. Sie motivierte ihre Tat ausschließlich mit ihrer großen Liebe zu ihm. Sie habe es einfach nicht ertragen können, ohne ihn zu leben.

Die Geschworenen bejahten alle Schuldfragen, worauf der Gerichtshof (Vor. DR. Graba) unter Zustimmung mildernder Umstände und Anwendung des außerordentlichen Milderungsrechtes die gefällige zulässige Mindeststrafe aussprach: drei Jahre schweren Kerkers. Die Angeklagte, die sich bei der Urteilsverkündung nicht auf den Beinen halten konnte, nahm das Urteil an.

Die Sozialdemokratie und die Gemeindevahlen.

Am Freitag, den 25. September findet um acht Uhr abends im Saale der Urania, Prag II., Smettagasse, die zweite

Öffentliche Wählerversammlung

der Bezirksorganisation Prag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt.

Redner

die Mitglieder der böhmischen Landesvertretung

Genoffin Maria Deutsch und Genoffe Dr. Emil Strauß.

Kunst und Wissen

„Ein Dealer Gatte“, Oskar Wildes vielgespieltes Schauspiel, erwieß sich in dem von Harry Liedtke geführten Berliner Ensemble-Gastspiel im Deutschen Theater fast unvernünftig wirksam. Wenn auch manches im Rhythmus dieses Wort, jene Wendung bereits als „historisch“ erscheinend bläulich anmutet und darum voller Zelltheaterwirkung entrückt ist, so hat dennoch der wesentliche gesellschaftskritische Teil seine Aktualität behalten, ja man möchte sagen: erhöhte Aktualität erhalten in einer Zeit, da der eithische Ueberbau einer zusammenbrechenden Klasse naturgemäß mehr Häutis atmet denn je, da politisches Hochkommen durch Spekulation und Betrug keineswegs mehr eine so seltene Ausnahmerscheinung bilden, wie zweifellos in Englands zu Wildes Zeiten. Und wenn auch heute nichts mehr darüber gesagt werden muß, daß Wildes Kritik und Satire zuquaterlegt doch ins Verführliche, Verlesende und Verzeihende umhügel, hat nach der Anklage das Urteil zu fällen, so bleibt dennoch seine Haupttendenz als gegen Verrottung, Käuflichkeit und gesellschaftliche Lüge gerichtet, unverwundbar und dankenswürdig. So daß man sich also schon sehr wundern darf, wenn eine gewisse Kritik, die Butler auf dem Kopfe hat, daraus das Recht ableitet, sich auf eine einzige Stelle in Wildes Schauspiel zu stützen, in der Reinhold und Unbedürftigkeit als manich-puritanisch hingestellt werden. Alle guten Geister dürfen den Fortschritt loben, daß Staudale nicht mehr durchaus einem Ranne Reiz verleihen und ihn interessant machen.

Brano Franks neue Uebersetzung ins Deutsche scheint uns vor allem erhöhter Flüssigkeit des Dialogs und vornehmer Sprache zugute gekommen zu sein.

Die Berliner Gäste sorgten für einen sehr vornehmen, stilvollen und darstellerisch überaus interessanten Abend. Harry Liedtke als Goring hat das, was man eine „angenehme Enttäuschung“ zu nennen pflegt: eine unausdrückliche, kultivierte, in Erhebung, Sprache und Gestik sympathische Figur, ohne Star- oder gar Film-Star-Allüren — ein vollendetes Gentleman — der freilich mehr durch Herz und Laune charmiert als durch tiefe Geistesfülle überzeugt. Unter den übrigen Künstlern, durchwegs ersten schauspielerischen Vorbereitungen, die wahrscheinlich dank der Regie Eugen Robertts den Sprung von der Leinwand auf die Bretter tadellos exzerzierten, verdient meines Erachtens die auch bei uns schon bekannte Elisabeth Markus zuerst Erwähnung, weil sie die hitzige, geschwätzhafte Lady Maribby so köstlich mimte und sich mit ihrer kleinen Szene einen großen Vollerfolg und Beifall auf offener Szene holte. Franze Carlsen ließ als die sehr begabte Kanaille keinen Wunsch offen, die Damen Carola Toell und Eva West, die Herren Klein-Hogge und Max Zanda sprachen und spielten

überaus nobel, haben redlichen Anteil an dem sehr eindrucksvollen Verlauf des Abends.

Jenseits des Urteils über das rein künstlerische muß noch des unheimlichen Erwähnung getan werden, das diesmal wieder ins Theater hineingespielt hatte: ein kleiner nationalstiller Hehrartikel im „Ceska Slovo“, der Harry Liedtke vorwarf, er hätte irgendwas irgendeinmal in einem Film mitgewirkt, in dem ein paar Späße über die Tschechen vorkamen, hätte zur Abwechslung verstärktes Wacheaufgebot notwendig gemacht. Erstensdierweise hatte es mit der journalistischen Wahlkampfemagogie sein Bestehen — es ist nichts passiert.

Zwei Gastspiele Ernst Deutsch im Neuen Deutschen Theater. Ernst Deutsch wird mit dem Ensemble der Wiener Komödie Donnerstag, den 1. und Freitag, den 2. Oktober Otto Ernst Desses Schauspiel „Wiederaufnahme beantragt“ zur Darstellung bringen, ein Justizstück, das in der verflochtenen Spielzeit an mehr als 40 deutschen Bühnen mit höchster Wirkung zur Aufführung kam.

„Frauen haben das gern...!“, die nach dem Schwanf „Der leuchtende Lebensbaum“ verfasste Operette von Walter Kollo, wird als erste Operettenproduktion dieser Spielzeit Freitag, den 2. Oktober in der Kleinen Bühne in Szene gehen. Regie: Rudolf Stadler. Dirigent: Ernst Baigand.

„Zum goldenen Anker“, ein vollständiges Schauspiel von Marcel Pagnol aus dem Hofemilieu von Marseille, wird Sonntag, den 4. Oktober im Neuen Deutschen Theater zum erstenmale zur Aufführung kommen. Inszenierung: Otto Strobl.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 8 Uhr (236-IV): „Der Graue“. Samstag, 7.30 Uhr (237-I): „Cocktail“. Sonntag, 7.30 Uhr (238-II): „Der letzte Walzer“. Montag, 7 Uhr (239-III): „Aida“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag, 8 Uhr: „Rina“. Samstag, 8 Uhr: Premiere: „Der letzte Equipagen“. Sonntag, 7.30 Uhr: „Rina“. Montag, 8 Uhr: „Der letzte Equipagen“.

Aus der Partei

Rote Falten Prag, Horde I (Hofbauer). Diejenigen, die das Fell und den Spaten übernommen haben, werden gebeten, sie am Samstag mitzubringen, da wir sie am Sonntag für die Wanderung brauchen. Auch Photos mitbringen, weil wir eine Ausstellung über das Leben der Falten machen wollen. Freundschaft!

23. Prag, Gruppe I und II Heute treffen wir uns 7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, und gehen in die Wählerversammlung. Alle müssen kommen! Blaue Blüten! — Morgen Samstag, nachmittags 5 Uhr am V. d. Arb. stellen zur letzten Wahlpropaganda. Alles in blauen Blüten. — Sonntag Wanderung. Treffpunkt halb 9 Uhr Endstation der Eisenf. (Seda).

Sport • Spiel • Körperpflege

Endkampf um die deutsche Bundesmeisterschaft im Bogenschießen. Am 26. September gelangt in Järfth der Endkampf um die Mannschaftsmeisterschaft des Deutschen Arbeiter-Athletenbundes im Bogenschießen zum Austrag. Die Gegner sind der süddeutsche Meister Kraftsportklub Järfth und der mitteldeutsche Meister „Wler“ Staßfurt.

Arbeiter-Tennis-Länderkampf Westdeutschland-Holland 14:1. Der in Düsseldorf zur Durchführung gekommene Länderkampf fand im Zeichen großer Ueberlegenheit der deutschen Arbeitertennisspieler. Lediglich im Männer-Einzel gelang es dem holländischen Epitenspieler Modak, einen hart erlittenen Sieg zu erzielen.

KINO-PROGRAMM
vom 25. September bis 1. Oktober 1931.

Wran-Urania-Kino 276
Ehriges deutsche Kino Prag. Tel. 26.825
Heraus und Ondra:
Er und seine Schwester.
Premiere der deutschen Fassung!

Wo verkehren wir?
Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirthschaft 137
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Opatrný)
Täglich Konzert. PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Verantwortlicher Schriftführer: Dr. Emil Strauß. Druck: „Prag“ Nr. 11, Prager Straße, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Poll, Prag. — Die Zeitungsmenschen werden von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit Bezug Nr. 11000/11000 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 10.—, vierteljährlich Kč 30.—, halbjährlich Kč 58.—, jährlich Kč 108.—. — Anzeigen werden nach Text billig berechnet. Bei besonderen Bedingungen Preisnachlass. — Aufhebung des Manuskriptes erfolgt nur bei Einzahlung der Rückzahlung.